

KRITIK DES GOTHAER PROGRAMMS¹

Die „Kritik des Gothaer Programms“ wurde von Marx von April bis Anfang Mai 1875 geschrieben und mit Auslassungen in der „Neuen Zeit“, 1891, Bd. I, Nr. 18, veröffentlicht.

VORWORT VON FRIEDRICH ENGELS

Das hier abgedruckte Manuskript – der Begleitbrief an Bracke sowohl wie die Kritik des Programmentwurfs – wurde 1875 kurz vor dem Gothaer Einigungskongreß² an Bracke zur Mitteilung an Geib, Auer, Bebel und Liebknecht und spätern Rücksendung an Marx abgesandt. Da der Haller Parteitag³ die Diskussion des Gothaer Programms auf die Tagesordnung der Partei gesetzt hat, würde ich glauben, eine Unterschlagung zu begehn, wenn ich dies wichtige – vielleicht das wichtigste – in diese Diskussion einschlagende Aktenstück der Öffentlichkeit noch länger vorenthielte.

Das Manuskript hat aber noch eine andere und weiter reichende Bedeutung. Zum erstenmal wird hier die Stellung von Marx zu der von Lassalle seit dessen Eintritt in die Agitation eingeschlagenen Richtung klar und fest dargelegt, und zwar sowohl was die ökonomischen Prinzipien wie die Taktik Lassalles betrifft.

Die rücksichtslose Schärfe, mit der hier der Programmentwurf zergliedert, die Unerbittlichkeit, womit die gewonnenen Resultate ausgesprochen, die Blößen des Entwurfs aufgedeckt

werden, alles das kann heute, nach fünfzehn Jahren, nicht mehr verletzen. Spezifische Lassalleaner existieren nur noch im Ausland als vereinzelte Ruinen, und das Gothaer Programm ist in Halle sogar von seinen Schöpfern als durchaus unzulänglich preisgegeben worden.

Trotzdem habe ich einige persönlich scharfe Ausdrücke und Urteile da, wo dies für die Sache gleichgültig war, ausgelassen und durch Punkte ersetzt. Marx selbst würde dies tun, wenn er das Manuskript heute veröffentlichte. Die stellenweise heftige Sprache desselben war provoziert durch zwei Umstände. Erstens waren Marx und ich mit der deutschen Bewegung inniger verwachsen als mit irgendeiner andern; der in diesem Programmentwurf bekundete entschiedene Rückschritt mußte uns also besonders heftig erregen. Zweitens aber lagen wir damals, kaum zwei Jahre nach dem Haager Kongreß der Internationale⁴, im heftigsten Kampf mit Bakunin und seinen Anarchisten, die uns für alles verantwortlich machten, was in Deutschland in der Arbeiterbewegung geschah; wir mußten also erwarten, daß man uns auch die geheime Vaterschaft dieses Programms zuschob. Diese Rücksichten fallen jetzt weg und mit ihnen die Notwendigkeit der fraglichen Stellen.

Auch aus preßgesetzlichen Gründen sind einige Sätze nur durch Punkte angedeutet. Wo ich einen mildern Ausdruck wählen mußte, ist er in eckige Klammern gesetzt. Sonst ist der Abdruck wörtlich.

London, 6. Januar 1891

Fr. Engels

MARX AN WILHELM BRACKE

London, 5. Mai 1875

Lieber Bracke!

Nachstehende kritische Randglossen zu dem Koalitionsprogramm sind Sie wohl so gut, nach Durchlesung, zur Einsicht an Geib und Auer, Bebel und Liebknecht mitzuteilen. Ich bin überbeschäftigt und muß schon weit über das Arbeitsmaß hinausschießen, das mir ärztlich vorgeschrieben ist. Es war mir daher keineswegs ein „Genuß“, solch langen Wisch zu schreiben. Doch war es notwendig, damit später meinerseits zu tuende Schritte von den Parteifreunden, für welche diese Mitteilung bestimmt ist, nicht mißdeutet werden.

Nach abgehaltenem Koalitionskongreß werden Engels und ich nämlich eine kurze Erklärung veröffentlichen, des Inhalts, daß wir besagtem Prinzipienprogramm durchaus fernstehn und nichts damit zu tun haben.

Es ist dies unerläßlich, da man im Ausland die von Parteifeinden sorgsamst genährte Ansicht – die durchaus irrigte Ansicht – hegt, daß wir die Bewegung der sogenannten

Eisenacher Partei insgeheim von hier aus lenken. Noch in einer jüngst erschienenen russischen Schrift⁵ macht Bakunin mich z. B. nicht nur für alle Programme etc. jener Partei verantwortlich, sondern sogar für jeden Schritt, den Liebknecht, vom Tag seiner Kooperation mit der Volkspartei⁶ an, getan hat.

Abgesehn davon ist es meine Pflicht, ein nach meiner Überzeugung durchaus verwerfliches und die Partei demoralisierendes Programm auch nicht durch diplomatisches Stillschweigen anzuerkennen.

Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme. Konnte man also nicht – und die Zeitumstände ließen das nicht zu – *über* das Eisenacher Programm hinausgehn, so hätte man einfach eine Übereinkunft für Aktion gegen den gemeinsamen Feind abschließen sollen. Macht man aber Prinzipienprogramme (statt das bis zur Zeit aufzuschieben, wo dergleichen durch längere gemeinsame Tätigkeit vorbereitet war), so errichtet man vor aller Welt Marksteine, an denen sie die Höhe der Parteibewegung mißt. Die Chefs der Lassalleaner kamen, weil die Verhältnisse sie dazu zwangen. Hätte man ihnen von vornherein erklärt, man lasse sich auf keinen Prinzipienschacher ein, so hätten sie sich mit einem Aktionsprogramm oder Organisationsplan zu gemeinschaftlicher Aktion begnügen *müssen*. Statt dessen erlaubt man ihnen, sich mit Mandaten bewaffnet einzustellen, und erkennt diese Mandate seinerseits als bindend an, ergibt sich also den Hilfsbedürftigen auf Gnade und Ungnade. Um der Sache die Krone aufzusetzen, halten sie wieder einen Kongreß *vor* dem *Kompromißkongreß*, während die eigene Partei ihren Kongreß *post festum* hält. Man wollte offen-

bar alle Kritik eskamotieren und die eigene Partei nicht zum Nachdenken kommen lassen. Man weiß, wie die bloße Tatsache der Vereinigung die Arbeiter befriedigt, aber man irrt sich, wenn man glaubt, dieser augenblickliche Erfolg sei nicht zu teuer erkaufte.

Übrigens taugt das Programm nichts, auch abgesehen von der Heiligsprechung der Lassalleschen Glaubensartikel.

Ich werde Ihnen in der nächsten Zeit die Schlußlieferungen der französischen Ausgabe des „Kapital“ schicken. Der Fortgang des Drucks war auf längere Zeit durch Verbot der französischen Regierung gehemmt. Diese Woche oder anfangs nächster wird die Sache fertig. Haben Sie die früheren sechs Lieferungen erhalten? Schreiben Sie mir gefälligst auch die Adresse von Bernhard Becker, dem ich ebenfalls die Schlußlieferungen⁷ schicken muß.

Die „Volksstaats“-Buchhandlung⁸ hat eigne Manieren. So hat man mir bis zu diesem Augenblick z. B. auch nicht ein einziges Exemplar des Abdrucks des „Kölner Kommunistenprozesses“⁹ zukommen lassen.

Mit bestem Gruß

Ihr

Karl Marx

RANDGLOSSEN ZUM PROGRAMM DER DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI

I

1. „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Ertrag der Arbeit unverkürzt, nach gleichem Rechte, allen Gesellschaftsgliedern.“

Erster Teil des Paragraphen: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur.“

Die Arbeit ist *nicht die Quelle* alles Reichtums. Die *Natur* ist ebensosehr die Quelle der Gebrauchswerte (und aus solchen besteht doch wohl der sachliche Reichtum!) als die Arbeit, die selbst nur die Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft. Jene Phrase findet sich in allen Kinderfibeln und ist insofern richtig, als *unterstellt* wird, daß die Arbeit mit den dazugehörigen Gegenständen und Mitteln vorgeht. Ein sozialistisches Programm darf aber solchen bürgerlichen Redensarten nicht erlauben, die *Bedingungen* zu verschweigen, die ihnen allein einen Sinn geben. Und soweit der Mensch sich von vornherein zur Natur, der

ersten Quelle aller Arbeitsmittel und -gegenstände, als Eigentümer verhält, sie als ihm gehörig behandelt, wird seine Arbeit Quelle von Gebrauchswerten, also auch von Reichtum. Die Bürger haben sehr gute Gründe, der Arbeit *übernatürliche Schöpfungskraft* anzudichten; denn gerade aus der Naturbedingtheit der Arbeit folgt, daß der Mensch, der kein andres Eigentum besitzt als seine Arbeitskraft, in allen Gesellschafts- und Kulturzuständen der Sklave der andern Menschen sein muß, die sich zu Eigentümern der gegenständlichen Arbeitsbedingungen gemacht haben. Er kann nur mit ihrer Erlaubnis arbeiten, also nur mit ihrer Erlaubnis leben.

Lassen wir jetzt den Satz, wie er geht und steht, oder vielmehr hinkt. Was hätte man als Schlußfolgerung erwartet? Offenbar dies:

„Da die Arbeit die Quelle alles Reichtums ist, kann auch in der Gesellschaft sich niemand Reichtum aneignen außer als Produkt der Arbeit. Wenn er also nicht selber arbeitet, lebt er von fremder Arbeit und eignet sich auch seine Kultur auf Kosten fremder Arbeit an.“

Statt dessen wird durch die Wortschraube: „und da“ ein zweiter Satz angefügt, um aus ihm, nicht aus dem ersten, eine Schlußfolgerung zu ziehen.

Zweiter Teil des Paragraphen: „Nutzbringende Arbeit ist nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich.“

Nach dem ersten Satz war die Arbeit die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, also auch keine Gesellschaft ohne Arbeit möglich. Jetzt erfahren wir umgekehrt, daß keine „nutzbringende“ Arbeit ohne Gesellschaft möglich ist.

Man hätte ebensogut sagen können, daß nur in der Gesellschaft nutzlose und selbst gemeinschädliche Arbeit ein Erwerbszweig werden kann, daß man nur in der Gesellschaft vom Müßiggang leben kann etc. etc. — kurz den ganzen Rousseau abschreiben können.

Und was ist „nutzbringende“ Arbeit? Doch nur die Arbeit, die den bezweckten Nutzeffekt hervorbringt. Ein Wilder — und der Mensch ist ein Wilder, nachdem er aufgehört hat Affe zu sein —, der ein Tier mit einem Stein erlegt, der Früchte sammelt etc., verrichtet „nutzbringende“ Arbeit.

Drittens: Die Schlußfolgerung: „Und da nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist — gehört der Ertrag der Arbeit unverkürzt, mit gleichem Rechte, allen Gesellschaftsgliedern.“

Schöner Schluß! Wenn die nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Arbeitsertrag der Gesellschaft — und kommt dem einzelnen Arbeiter davon nur soviel zu, als nicht nötig ist, um die „Bedingung“ der Arbeit, die Gesellschaft, zu erhalten.

In der Tat ist dieser Satz auch zu allen Zeiten von den Verfechtern *des jedesmaligen Gesellschaftszustandes* geltend gemacht worden. Erst kommen die Ansprüche der Regierung mit allem, was daran klebt, denn sie ist das gesellschaftliche Organ zur Erhaltung der gesellschaftlichen Ordnung; dann kommen die Ansprüche der verschiedenen Sorten von Privateigentum*, denn die verschiedenen Sorten von Privateigentum sind die Grundlagen der Gesellschaft etc. Man

* In der deutschen Ausgabe, Marx/Engels, *Werke*, Bd. 19: Privateigentümern

sieht, man kann solche hohle Phrasen drehen und wenden, wie man will.

Irgendwelchen verständigen Zusammenhang haben der erste und zweite Teil des Paragraphen nur in dieser Fassung:

„Quelle des Reichtums und der Kultur wird die Arbeit nur als gesellschaftliche Arbeit“ oder, was dasselbe ist, „in und durch die Gesellschaft“.

Dieser Satz ist unstreitig richtig, denn wenn die vereinzelte Arbeit (ihre sachlichen Bedingungen vorausgesetzt) auch Gebrauchswerte schaffen kann, kann sie weder Reichtümer noch Kultur schaffen.

Aber ebenso unstreitig ist der andere Satz:

„Im Maße wie die Arbeit sich gesellschaftlich entwickelt und dadurch Quelle von Reichtum und Kultur wird, entwickeln sich Armut und Verwahrlosung auf seiten des Arbeiters, Reichtum und Kultur auf seiten des Nichtarbeiters.“

Dies ist das Gesetz der ganzen bisherigen Geschichte. Es war also, statt allgemeine Redensarten über „die Arbeit“ und „die Gesellschaft“ zu machen, hier bestimmt nachzuweisen, wie in der jetzigen kapitalistischen Gesellschaft endlich die materiellen etc. Bedingungen geschaffen sind, welche die Arbeiter befähigen und zwingen, jenen gesellschaftlichen* Fluch zu brechen.

In der Tat aber ist der ganze, stilistisch und inhaltlich verfehlt Paragraph nur da, um das Lassallesche Stichwort vom „unverkürzten Arbeitsertrag“ als Lösungswort auf die Spitze der Parteifahne zu schreiben. Ich komme später zurück auf den „Arbeitsertrag“, das „gleiche Recht“ etc., da dieselbe Sache in etwas anderer Form wiederkehrt.

* In der deutschen Ausgabe, Marx/Engels, *Werke*, Bd. 19: geschichtlichen

2. „In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse. Die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.“

Der dem internationalen Statut entlehnte Satz ist in dieser „verbesserten“ Ausgabe falsch.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Grundeigentümer (das Monopol des Grundeigentums ist sogar Basis des Kapitalmonopols) und der Kapitalisten. Das internationale Statut nennt im betreffenden Passus weder die eine noch die andere Klasse der Monopolisten. Es spricht vom „*Monopol der Arbeitsmittel, d. h. der Lebensquellen*“. Der Zusatz: „*Lebensquellen*“ zeigt hinreichend, daß der Grund und Boden in den Arbeitsmitteln eingegriffen ist.

Die Verbesserung wurde angebracht, weil Lassalle, aus jetzt allgemein bekannten Gründen, *nur* die Kapitalistenklasse angriff, nicht die Grundeigentümer. In England ist der Kapitalist meistens nicht einmal der Eigentümer des Grund und Bodens, auf dem seine Fabrik steht.

3. „Die Befreiung der Arbeit erfordert die Erhebung der Arbeitsmittel zu Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gerechter Verteilung des Arbeitsertrags.“

„Erhebung der Arbeitsmittel zum Gemeingut“ soll wohl heißen ihre „Verwandlung in Gemeingut“. Doch dies nur nebenbei.

Was ist „Arbeitsertrag“? Das Produkt der Arbeit oder sein Wert? Und im letzteren Fall der Gesamtwert des Produkts oder nur der Wertteil, den die Arbeit dem Wert der aufgezehrten Produktionsmittel neu zugesetzt hat?

„Arbeitsertrag“ ist eine lose Vorstellung, die Lassalle an die Stelle bestimmter ökonomischer Begriffe gesetzt hat.

Was ist „gerechte Verteilung“?

Behaupten die Bourgeois nicht, daß die heutige Verteilung „gerecht“ ist? Und ist sie in der Tat nicht die einzige „gerechte“ Verteilung auf Grundlage der heutigen Produktionsweise? Werden die ökonomischen Verhältnisse durch Rechtsbegriffe geregelt, oder entspringen nicht umgekehrt die Rechtsverhältnisse aus den ökonomischen? Haben nicht auch die sozialistischen Sektierer die verschiedensten Vorstellungen über „gerechte“ Verteilung?

Um zu wissen, was man sich bei dieser Gelegenheit unter der Phrase „gerechte Verteilung“ vorzustellen hat, müssen wir den ersten Paragraphen mit diesem zusammenhalten. Letzterer unterstellt eine Gesellschaft, worin „die Arbeitsmittel Gemeingut sind und die Gesamtarbeit genossenschaftlich geregelt ist“, und aus dem ersten Paragraphen ersehen wir, daß „der Ertrag der Arbeit unverkürzt, nach gleichem Rechte, allen Gesellschaftsgliedern gehört“.

„Allen Gesellschaftsgliedern“? Auch den nicht arbeitenden? Wo bleibt da der „unverkürzte Arbeitsertrag“? Nur den arbeitenden Gesellschaftsgliedern? Wo bleibt da „das gleiche Recht“ aller Gesellschaftsglieder?

Doch „alle Gesellschaftsglieder“ und „das gleiche Recht“ sind offenbar nur Redensarten. Der Kern besteht darin, daß in dieser kommunistischen Gesellschaft jeder Arbeiter einen „unverkürzten“ Lassalleschen „Arbeitsertrag“ erhalten muß.

Nehmen wir zunächst das Wort „Arbeitsertrag“ im Sinne des Produkts der Arbeit, so ist der genossenschaftliche Arbeitsertrag das *gesellschaftliche Gesamtprodukt*.

Davon ist nun abzuziehen:

Erstens: Deckung zum Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel.

Zweitens: Zusätzlicher Teil für Ausdehnung der Produktion.

Drittens: Reserve- oder Assekuranzfonds gegen Mißfälle, Störungen durch Naturereignisse etc.

Diese Abzüge vom „unverkürzten Arbeitsertrag“ sind eine ökonomische Notwendigkeit, und ihre Größe ist zu bestimmen nach vorhandenen Mitteln und Kräften, zum Teil durch Wahrscheinlichkeitsrechnung, aber sie sind in keiner Weise aus der Gerechtigkeit kalkulierbar.

Bleibt der andere Teil des Gesamtprodukts, bestimmt, als Konsumtionsmittel zu dienen.

Bevor es zur individuellen Teilung kommt, geht hiervon wieder ab:

Erstens: Die allgemeinen, nicht* zur Produktion gehörigen Verwaltungskosten.

Dieser Teil wird von vornherein aufs bedeutendste beschränkt im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und vermindert sich im selben Maß, als die neue Gesellschaft sich entwickelt.

Zweitens: Was zur gemeinschaftlichen Befriedigung von Bedürfnissen bestimmt ist, wie Schulen, Gesundheitsvorrichtungen etc.

Dieser Teil wächst von vornherein bedeutend im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und nimmt im selben Maß zu, wie die neue Gesellschaft sich entwickelt.

Drittens: Fonds für Arbeitsunfähige etc., kurz, für, was heute zu der sogenannten offiziellen Armenpflege gehört.

* In der deutschen Ausgabe, Marx/Engels, *Werke*, Bd. 19, ist eingefügt: direkt

Erst jetzt kommen wir zu der „Verteilung“, die das Programm, unter Lassalleschem Einfluß, bornierterweise allein ins Auge faßt, nämlich an den Teil der Konsumtionsmittel, der unter die individuellen Produzenten der Genossenschaft verteilt wird.

Der „unverkürzte Arbeitsertrag“ hat sich unterderhand bereits in den „verkürzten“ verwandelt, obgleich, was dem Produzenten in seiner Eigenschaft als Privatindividuum entgeht, ihm direkt oder indirekt in seiner Eigenschaft als Gesellschaftsmitglied zugeht.

Wie die Phrase des „unverkürzten Arbeitsertrags“ verschwunden ist, verschwindet jetzt die Phrase des „Arbeitsertrags“ überhaupt.

Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebensowenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit *als Wert* dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren. Das Wort „Arbeitsertrag“, auch heutzutage wegen seiner Zweideutigkeit verwerflich, verliert so allen Sinn.

Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*; die also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt. Demgemäß erhält der einzelne Produzent – nach den Abzügen – exakt zurück, was er ihr gibt. Was er

ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum. Z. B. der gesellschaftliche Arbeitstag besteht aus der Summe der individuellen Arbeitsstunden; die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleichviel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der andern zurück.

Es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Warenaustausch regelt, soweit er Austausch Gleichwertiger ist. Inhalt und Form sind verändert, weil unter den veränderten Umständen niemand etwas geben kann außer seiner Arbeit und weil andererseits nichts in das Eigentum der einzelnen übergehn kann außer individuellen Konsumtionsmitteln. Was aber die Verteilung der letzteren unter die einzelnen Produzenten betrifft, herrscht dasselbe Prinzip wie beim Austausch von Warenäquivalenten, es wird gleichviel Arbeit in einer Form gegen gleichviel Arbeit in einer andern umgetauscht.

Das *gleiche Recht* ist hier daher immer noch dem Prinzip nach – das *bürgerliche Recht*, obgleich Prinzip und Praxis sich nicht mehr in den Haaren liegen, während der Austausch von Äquivalenten beim Warenaustausch nur *im Durchschnitt*, nicht für den einzelnen Fall existiert.

Trotz dieses Fortschrittes ist dieses *gleiche Recht* stets noch mit einer bürgerlichen Schranke behaftet. Das Recht der Produzenten ist ihren Arbeitslieferungen *proportional*;

die Gleichheit besteht darin, daß an *gleichem Maßstab*, der Arbeit, gemessen wird.

Der eine ist aber physisch oder geistig dem andern überlegen, liefert also in derselben Zeit mehr Arbeit oder kann während mehr Zeit arbeiten; und die Arbeit, um als Maß zu dienen, muß der Ausdehnung oder der Intensität nach bestimmt werden, sonst hörte sie auf, Maßstab zu sein. Dies *gleiche* Recht ist ungleiches Recht für ungleiche Arbeit. Es erkennt keine Klassenunterschiede an, weil jeder nur Arbeiter ist wie der andre; aber es erkennt stillschweigend die *ungleiche individuelle Begabung* und daher *Leistungsfähigkeit** als natürliche Privilegien an. *Es ist daher ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach, wie alles Recht.* Das Recht kann seiner Natur nach nur in Anwendung von *gleichem Maßstab* bestehen; aber die ungleichen Individuen (und sie wären nicht verschiedene Individuen, wenn sie nicht ungleiche wären) sind nur an *gleichem Maßstab* meßbar, soweit man sie unter einen gleichen Gesichtspunkt bringt, sie nur von einer *bestimmten* Seite faßt, z. B. im gegebenen Fall sie *nur als Arbeiter* betrachtet; und weiter nichts in ihnen sieht, von allem andern absieht. Ferner: Ein Arbeiter ist verheiratet, der andre nicht; einer hat mehr Kinder als der andre etc. etc. Bei gleicher Arbeitsleistung und daher *gleichem Anteil* an dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erhält also der eine faktisch mehr als der andre, ist der eine reicher als der andre etc. Um alle diese Mißstände zu vermeiden, müßte das Recht, statt gleich, ungleich sein.

Aber diese Mißstände sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus

* In der deutschen Ausgabe, Marx/Engels, *Werke*, Bd. 19, ist eingefügt: der Arbeiter

der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft.

In einer höhern Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen — erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!

Ich bin weitläufiger auf den „unverkürzten Arbeitsertrag“ einerseits, „das gleiche Recht“, „die gerechte Verteilung“ andererseits eingegangen, um zu zeigen, wie sehr man frevelt, wenn man einerseits Vorstellungen, die zu einer gewissen Zeit einen Sinn hatten, jetzt aber zu veraltetem Phrasenkram geworden, unsrer Partei wieder als Dogmen aufdrängen will, andererseits aber die realistische Auffassung, die der Partei so mühevoll beigebracht worden, die aber jetzt Wurzeln in ihr geschlagen, wieder durch ideologische Rechts- und andre, den Demokraten und französischen Sozialisten so geläufige Flausen verdreht.

Abgesehen von dem bisher Entwickelten war es überhaupt fehlerhaft, von der sogenannten *Verteilung* Wesens zu machen und den Hauptakzent auf sie zu legen.

Die jedesmalige Verteilung der Konsumtionsmittel ist nur Folge der Verteilung der Produktionsbedingungen selbst. Letztere Verteilung aber ist ein Charakter der Produktionsweise selbst. Die kapitalistische Produktionsweise z. B. beruht darauf, daß die sachlichen Produktionsbedingungen Nichtarbeitern zugeteilt sind unter der Form von Kapitaleigentum und Grundeigentum, während die Masse nur Eigentümer der persönlichen Produktionsbedingung, der Arbeitskraft ist. Sind die Elemente der Produktion derart verteilt, so ergibt sich von selbst die heutige Verteilung der Konsumtionsmittel. Sind die sachlichen Produktionsbedingungen genossenschaftliches Eigentum der Arbeiter selbst, so ergibt sich ebenso eine von der heutigen verschiedene Verteilung der Konsumtionsmittel. Der Vulgarsozialismus (und von ihm wieder ein Teil der Demokratie) hat es von den bürgerlichen Ökonomen überkommen, die Distribution als von der Produktionsweise unabhängig zu betrachten und zu behandeln, daher den Sozialismus als hauptsächlich um die Distribution sich drehend darzustellen. Nachdem das wirkliche Verhältnis längst klargelegt, warum wieder rückwärts gehn?

4. „Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle andren Klassen *nur eine reaktionäre Masse* sind.“

Die erste Strophe ist aus den Eingangsworten der internationalen Statuten, aber „verbessert“. Dort heißt es: „Die Befreiung der Arbeiterklasse muß die Tat der Arbeiter selbst sein“; hier hat dagegen „die Arbeiterklasse“ zu befreien — was? „die Arbeit“. Begreife wer kann.

Zum Schadenersatz ist dagegen die Gegenstrophe Lassallesches Zitat vom reinsten Wasser: „der (der Arbeiterklasse)

gegenüber alle andern Klassen *nur eine reaktionäre Masse bilden*“.

Im „Kommunistischen Manifest“ heißt es: „Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehn, ist nur das Proletariat eine *wirklich revolutionäre Klasse*. Die übrigen Klassen verkommen und gehen unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenstes Produkt.“¹⁰

Die Bourgeoisie ist hier als revolutionäre Klasse aufgefaßt – als Trägerin der großen Industrie – gegenüber Feudalen und Mittelständen, welche alle gesellschaftlichen Positionen behaupten wollen, die das Gebilde veralteter Produktionsweisen. Sie bilden also nicht *zusammen* mit der *Bourgeoisie* nur eine reaktionäre Masse.

Andrerseits ist das Proletariat der Bourgeoisie gegenüber revolutionär, weil es, selbst erwachsen auf dem Boden der großen Industrie, der Produktion den kapitalistischen Charakter abzustreifen strebt, den die Bourgeoisie zu verewigen sucht. Aber das Manifest setzt hinzu: daß die „Mittelstände . . . revolutionär werden im Hinblick auf ihren bevorstehenden Übergang ins Proletariat“.

Von diesem Gesichtspunkt ist es also wieder Unsinn, daß sie, zusammen mit der Bourgeoisie und obendrein den Feudalen, gegenüber der Arbeiterklasse „nur eine reaktionäre Masse bilden“.

Hat man bei den letzten Wahlen¹¹ Handwerkern, kleinen Industriellen etc. und *Bauern* zugerufen: Uns gegenüber bildet ihr mit Bourgeois und Feudalen nur eine reaktionäre Masse?

Lassalle wußte das „Kommunistische Manifest“ auswendig wie seine Gläubigen die von ihm verfaßten Heilsschriften. Wenn er es also so grob verfälschte, geschah es nur, um

seine Allianz mit den absolutistischen und feudalen Gegnern wider die Bourgeoisie zu beschönigen.

Im obigen Paragraph wird nun zudem sein Weisheitspruch an den Haaren herbeigezogen, ohne allen Zusammenhang mit dem verballhornten Zitat aus dem Statut der Internationalen. Es ist also hier einfach eine Impertinenz, und zwar keineswegs Herrn Bismarck mißfällige, eine jener wohlfeilen Flegelleien, worin der Berliner Marat¹² macht.

5. „Die Arbeiterklasse wirkt für ihre Befreiung zunächst *im Rahmen des heutigen nationalen Staats*, sich bewußt, daß das notwendige Ergebnis ihres Strebens, welches den Arbeitern aller Kulturländer gemeinsam ist, die internationale Völkerverbrüderung sein wird.“

Lassalle hatte im Gegensatz zum „Kommunistischen Manifest“ und zu allem früheren Sozialismus die Arbeiterbewegung vom engsten nationalen Standpunkt gefaßt. Man folgt ihm darin, und dies nach dem Wirken der Internationale!

Es versteht sich ganz von selbst, daß, um überhaupt kämpfen zu können, die Arbeiterklasse sich bei sich zu Haus organisieren muß *als Klasse*, und daß das Inland der unmittelbare Schauplatz ihres Kampfs. Insofern ist ihr Klassenkampf, nicht dem Inhalt, sondern, wie das „Kommunistische Manifest“ sagt, „der Form nach“ national. Aber der „Rahmen des heutigen nationalen Staats“, z. B. des Deutschen Reichs, steht selbst wieder ökonomisch „im Rahmen“ des Weltmarkts, politisch „im Rahmen“ des Staatensystems. Der erste beste Kaufmann weiß, daß der deutsche Handel zugleich ausländischer Handel ist, und die Größe des Herrn Bismarck besteht ja eben in einer Art *internationaler* Politik.

Und worauf reduziert die deutsche Arbeiterpartei ihren Internationalismus? Auf das Bewußtsein, daß das Ergebnis ihres Strebens „*die internationale Völkerverbrüderung* sein wird“ — eine dem bürgerlichen Freiheits- und Friedensbund¹³ entlehnte Phrase, die als Äquivalent passieren soll für die internationale Verbrüderung der Arbeiterklassen im gemeinschaftlichen Kampf gegen die herrschenden Klassen und ihre Regierungen. *Von internationalen Funktionen* der deutschen Arbeiterklasse also kein Wort! Und so soll sie ihrer eignen, mit den Bourgeois aller andren Länder bereits gegen sie verbrüderten Bourgeoisie und Herrn Bismarcks internationaler Verschwörungspolitik das Paroli bieten!¹⁴

In der Tat steht das internationale Bekenntnis des Programms *noch unendlich tief* unter dem der Freihandelspartei. Auch sie behauptet, das Ergebnis ihres Strebens sei „*die internationale Völkerverbrüderung*“. Sie *tut* aber auch etwas, um den Handel international zu machen, und begnügt sich keineswegs bei dem Bewußtsein — daß alle Völker bei sich zu Haus Handel treiben.

Die internationale Tätigkeit der Arbeiterklassen hängt in keiner Art von der Existenz der „*Internationalen Arbeiterassoziation*“ ab. Diese war nur der erste Versuch, jener Tätigkeit ein Zentralorgan zu schaffen; ein Versuch, der durch den Anstoß, welchen er gab, von bleibendem Erfolg, aber in seiner *ersten historischen Form* nach dem Fall der Pariser Kommune nicht länger durchführbar war.

Bismarcks „*Norddeutsche*“ war vollständig im Recht, wenn sie zur Zufriedenheit ihres Meisters verkündete, die deutsche Arbeiterpartei habe in dem neuen Programm dem Internationalismus abgeschworen.¹⁵

II

„Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die deutsche Arbeiterpartei mit allen gesetzlichen Mitteln den *freien Staat* — und — die sozialistische Gesellschaft; die Aufhebung des Lohnsystems mit dem *ehernen Lohngesetz* — und — der Ausbeutung in jeder Gestalt; die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.“

Auf den „freien“ Staat komme ich später zurück.

Also in Zukunft hat die deutsche Arbeiterpartei an Lassalles „ehernes Lohngesetz“¹⁶ zu glauben! Damit es nicht verlorengeht, begeht man den Unsinn, von „Aufhebung des Lohnsystems“ (sollte heißen: System der Lohnarbeit) *mit* „dem ehernen Lohngesetz“ zu sprechen. Hebe ich die Lohnarbeit auf, so hebe ich natürlich auch ihre Gesetze auf, seien sie „ehern“ oder schwammig. Aber Lassalles Bekämpfung der Lohnarbeit dreht sich fast nur um dies sogenannte Gesetz. Um daher zu beweisen, daß die Lassallesche Sekte gesiegt hat, muß das „Lohnsystem *mit* dem ehernen Lohngesetz“ aufgehoben werden, und nicht ohne dasselbe.

Von dem „ehernen Lohngesetz“ gehört Lassalle bekanntlich nichts als das den Goetheschen „ewigen, ehernen großen Gesetzen“ entlehnte Wort „ehern“. Das Wort *ehern* ist eine Signatur, woran sich die Rechtgläubigen erkennen. Nehme ich aber das Gesetz mit Lassalles Stempel und daher in seinem Sinn, so muß ich es auch mit seiner Begründung nehmen. Und was ist sie! Wie Lange schon kurz nach Lassalles Tod zeigte: die (von Lange selbst gepredigte) Malthussche Bevölkerungstheorie¹⁷. Ist diese aber richtig, so kann ich wieder das Gesetz *nicht* aufheben, und wenn ich hundertmal die Lohnarbeit aufhebe, weil das Gesetz dann

nicht nur das System der Lohnarbeit, sondern *jedes* gesellschaftliche System beherrscht. Grade hierauf fußend, haben seit fünfzig Jahren und länger die Ökonomen bewiesen, daß der Sozialismus das *naturbegründete* Elend nicht aufheben, sondern nur *verallgemeinern*, gleichzeitig über die ganze Oberfläche der Gesellschaft verteilen könne!

Aber all das ist nicht die Hauptsache. *Ganz abgesehen* von der *falschen* Lassalleschen Fassung des Gesetzes, besteht der wahrhaft empörende Rückschritt darin:

Seit Lassalles Tode hat sich die wissenschaftliche Einsicht in *unserer* Partei Bahn gebrochen, daß der Arbeitslohn nicht das ist, was er zu sein *scheint*, nämlich der *Wert*, respektive *Preis der Arbeit*, sondern nur eine maskierte Form für den *Wert*, respektive *Preis der Arbeitskraft*. Damit war die ganze bisherige bürgerliche Auffassung des Arbeitslohns sowie die ganze bisher gegen selbe gerichtete Kritik ein für allemal über den Haufen geworfen und klargestellt, daß der Lohnarbeiter nur die Erlaubnis hat, für sein eignes Leben zu arbeiten, d. h. *zu leben*, soweit er gewisse Zeit umsonst für den Kapitalisten (daher auch für dessen Mitzehrer am Mehrwert) arbeitet; daß das ganze kapitalistische Produktionssystem sich darum dreht, diese Gratisarbeit zu verlängern durch Ausdehnung des Arbeitstags oder durch Entwicklung der Produktivität, resp. größere Spannung der Arbeitskraft etc.; daß also das System der Lohnarbeit ein System der Sklaverei, und zwar einer Sklaverei ist, die im selben Maß härter wird, wie sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit entwickeln, ob nun der Arbeiter bessere oder schlechtere Zahlung empfangt. Und nachdem diese Einsicht unter unserer Partei sich mehr und mehr Bahn gebrochen, kehrt man zu Lassalles Dogmen zurück, obgleich man nun

wissen mußte, daß Lassalle *nicht wußte*, was der Arbeitslohn war, sondern, im Gefolg der bürgerlichen Ökonomen, den Schein für das Wesen der Sache nahm.

Es ist, als ob unter Sklaven, die endlich hinter das Geheimnis der Sklaverei gekommen und in Rebellion ausgebrochen, ein in veralteten Vorstellungen befangener Sklave auf das Programm der Rebellion schriebe: Die Sklaverei muß abgeschafft werden, weil die Beköstigung der Sklaven im System der Sklaverei ein gewisses niedriges Maximum nicht überschreiten kann!

Die bloße Tatsache, daß die Vertreter unserer Partei fähig waren, ein so ungeheuerliches Attentat auf die in der Parteimasse verbreitete Einsicht zu begehen, beweist sie nicht allein, mit welchem frevelhaften Leichtsinn, mit welcher Gewissenlosigkeit sie bei Abfassung des Kompromißprogramms zu Werke gingen!

Anstatt der unbestimmten Schlußphrase des Paragraphen „die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit“ war zu sagen: daß mit der Abschaffung der Klassenunterschiede von selbst alle aus ihnen entspringende soziale und politische Ungleichheit verschwindet.

III

„Die deutsche Arbeiterpartei verlangt, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volks. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfang ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.“

Nach dem Lassalleschen „ehernen Lohngesetz“ das Heilmittel des Propheten. Es wird in würdiger Weise „ange-

bahnt“. An die Stelle des existierenden Klassenkampfes tritt eine Zeitungsschreiberphrase: „die soziale *Frage*“, deren „*Lösung*“ man „anbahnt“. Statt aus dem revolutionären Umwandlungsprozesse der Gesellschaft, „entsteht“ die „sozialistische Organisation der Gesamtarbeit“ aus der „Staatshilfe“, die der Staat Produktivgenossenschaften gibt, die *er*, nicht der Arbeiter, „*ins Leben ruft*“. Es ist dies würdig der Einbildung Lassalles, daß man mit Staatsanleihen ebensogut eine neue Gesellschaft bauen kann wie eine neue Eisenbahn!

Aus einem Rest von Scham stellt man „die Staatshilfe“ — unter die demokratische Kontrolle des „arbeitenden Volks“.

Erstens besteht „das arbeitende Volk“ in Deutschland zur Majorität aus Bauern und nicht aus Proletariern.

Zweitens heißt „demokratisch“ zu deutsch „volksherrschaftlich“. Was heißt aber „die volksherrschaftliche Kontrolle des arbeitenden Volkes?“ Und nun gar bei einem Arbeitervolk, das durch diese Forderungen, die es an den Staat stellt, sein volles Bewußtsein ausspricht, daß es weder an der Herrschaft ist, noch zur Herrschaft reif ist!

Auf die Kritik des von Buchez unter Louis Philippe im *Gegensatz* gegen die französischen Sozialisten verschriebenen und von den reaktionären Arbeitern des „*Atelier*“¹⁸ angenommenen Rezepts ist es überflüssig, hier einzugehn. Es liegt auch der Hauptanstoß nicht darin, daß man diese spezifische Wunderkur ins Programm geschrieben, sondern daß man überhaupt vom Standpunkt der Klassenbewegung zu dem der Sektenbewegung zurückgeht.

Daß die Arbeiter die Bedingungen der genossenschaftlichen Produktion auf sozialem und zunächst bei sich auf nationalem Maßstab herstellen wollen, heißt nur, daß sie an der Umwälzung der jetzigen Produktionsbedingungen arbei-

ten, und hat nichts gemein mit der Stiftung von Kooperativgesellschaften mit Staatshilfe. Was aber die jetzigen Kooperativgesellschaften betrifft, so haben sie *nur* Wert, soweit sie unabhängige, weder von den Regierungen noch von den Bourgeois protegierte Arbeiterschöpfungen sind.

IV

Ich komme jetzt zum demokratischen Abschnitt.

A. „Freiheitliche Grundlage des Staats.“

Zunächst nach II erstrebt die deutsche Arbeiterpartei „den freien Staat“.

Freier Staat — was ist das?

Es ist keineswegs Zweck der Arbeiter, die den beschränkten Untertanenverstand losgeworden, den Staat frei zu machen. Im Deutschen Reich ist der „Staat“ fast so „frei“ als in Rußland. Die Freiheit besteht darin, den Staat aus einem der Gesellschaft übergeordneten in ein ihr durchaus untergeordnetes Organ zu verwandeln, und auch heutig sind die Staatsformen freier oder unfreier im Maß, worin sie die „Freiheit des Staats“ beschränken.

Die deutsche Arbeiterpartei — wenigstens, wenn sie das Programm zu dem ihrigen macht — zeigt, wie ihr die sozialistischen Ideen nicht einmal hauttief sitzen; indem sie, statt die bestehende Gesellschaft (und es gilt das von jeder künftigen) *als Grundlage* des bestehenden Staats (oder künftigen für künftige Gesellschaft) zu behandeln, den Staat vielmehr als ein selbständiges Wesen behandelt, das seine eignen „geistigen, sittlichen, freiheitlichen Grundlagen“ besitzt.

Und nun gar der wüste Mißbrauch, den das Programm mit den Worten „*beutiger Staat*“, „*beutige Gesellschaft*“

treibt, und den noch wüsteren Mißverstand, den es über den Staat anrichtet, an den es seine Forderungen richtet!

Die „heutige Gesellschaft“ ist die kapitalistische Gesellschaft, die in allen Kulturländern existiert, mehr oder weniger frei von mittelaltrigem Beisatz, mehr oder weniger durch die besondere geschichtliche Entwicklung jedes Landes modifiziert, mehr oder weniger entwickelt. Dagegen der „heutige Staat“ wechselt mit der Landesgrenze. Er ist ein anderer im preußisch-deutschen Reich als in der Schweiz, ein anderer in England als in den Vereinigten Staaten. „Der heutige Staat“ ist also eine Fiktion.

Jedoch haben die verschiedenen Staaten der verschiedenen Kulturländer trotz ihrer bunten Formverschiedenheit alle das gemein, daß sie auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft stehn, nur einer mehr oder minder kapitalistisch entwickelten. Sie haben daher auch gewisse wesentliche Charaktere gemein. In diesem Sinne kann man von „heutigem Staatswesen“ sprechen, im Gegensatz zur Zukunft, worin seine jetzige Wurzel, die bürgerliche Gesellschaft, abgestorben ist.

Es fragt sich dann: Welche Umwandlung wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft erleiden? In andern Worten, welche gesellschaftlichen Funktionen bleiben dort übrig, die jetzigen Staatsfunktionen analog sind? Diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten, und man kommt dem Problem durch tausendfache Zusammensetzung des Wortes Volk mit dem Wort Staat auch nicht um einen Flohsprung näher.

Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine poli-

tische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats*.

Das Programm nun hat es weder mit letzterer zu tun noch mit dem zukünftigen Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft.

Seine politischen Forderungen enthalten nichts außer der alten* weltbekannten demokratischen Litanei: allgemeines Wahlrecht, direkte Gesetzgebung, Volksrecht, Volkswehr etc. Sie sind bloßes Echo der bürgerlichen Volkspartei⁶, des Friedens- und Freiheitsbundes¹³. Es sind lauter Forderungen, die, soweit nicht in phantastischer Vorstellung übertrieben, bereits *realisiert* sind. Nur liegt der Staat, dem sie angehören, nicht innerhalb der deutschen Reichsgrenze, sondern in der Schweiz, den Vereinigten Staaten etc. Diese Sorte „Zukunftsstaat“ ist heutiger Staat, obgleich außerhalb „des Rahmens“ des Deutschen Reichs existierender.

Aber man hat eins vergessen. Da die deutsche Arbeiterpartei ausdrücklich erklärt, sich innerhalb „des heutigen nationalen Staats“, also *ihres* Staats, des preußisch-deutschen Reichs, zu bewegen — ihre Forderungen wären ja sonst auch größtenteils sinnlos, da man nur fordert, was man nicht hat —, so durfte sie die Hauptsache nicht vergessen, nämlich, daß alle jene schönen Sächelchen auf der Anerkennung der sogenannten Volkssouveränität beruhen, daß sie daher nur in einer *demokratischen Republik* am Platze sind.

Da man nicht den Mut hat** — und weislich, denn die Verhältnisse gebieten Vorsicht —, die demokratische Republik zu

* In der deutschen Ausgabe, Marx/Engels, *Werke*, Bd. 19, fehlt: alten

** In der deutschen Ausgabe, Marx/Engels, *Werke*, Bd. 19, ist vermerkt: (1891) Da man nicht in der Lage ist

verlangen, wie es die französischen Arbeiterprogramme unter Louis Philippe und unter Louis Napoleon taten – so hätte man auch nicht zu der weder „ehrlichen“¹⁹ noch würdigen Finte flüchten sollen, Dinge, die nur in einer demokratischen Republik Sinn haben, von einem Staat zu verlangen, der nichts anderes als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter, schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus ist, und diesem Staat obendrein noch zu beteuern, daß man ihm dergleichen „mit gesetzlichen Mitteln“ aufdringen zu können wähnt!

Selbst die vulgäre Demokratie, die in der demokratischen Republik das Tausendjährige Reich sieht und keine Ahnung davon hat, daß gerade in dieser letzten Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft der Klassenkampf definitiv auszufechten ist – selbst sie steht noch berghoch über solcherart Demokratentum innerhalb der Grenzen des polizeilich Erlaubten und logisch Unerlaubten.

Daß man in der Tat unter „Staat“ die Regierungsmaschine versteht oder den Staat, soweit er einen durch Teilung der Arbeit von der Gesellschaft gesonderten, eignen Organismus bildet, zeigen schon die Worte: „Die deutsche Arbeiterpartei verlangt *als wirtschaftliche Grundlage des Staats*: eine einzige progressive Einkommensteuer etc.“ Die Steuern sind die wirtschaftliche Grundlage der Regierungsmaschinerie und von sonst nichts. In dem in der Schweiz existierenden Zukunftsstaat ist diese Forderung ziemlich erfüllt. Einkommensteuer setzt die verschiedenen Einkommensquellen der verschiedenen gesellschaftlichen Klassen voraus, also die kapitalistische Gesellschaft. Es ist also nichts Auffälliges,

daß die Financial-Reformers von Liverpool – Bourgeois mit Gladstones Bruder an der Spitze – dieselbe Forderung stellen wie das Programm.

B. „Die deutsche Arbeiterpartei verlangt als geistige und sittliche Grundlage des Staats:

1. Allgemeine und *gleiche Volkserziehung* durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlichen Unterricht.“

Gleiche Volkserziehung? Was bildet man sich unter diesen Worten ein? Glaubt man, daß in der heutigen Gesellschaft (und man hat nur mit der zu tun) die Erziehung für alle Klassen *gleich* sein kann? Oder verlangt man, daß auch die höheren Klassen zwangsweise auf das Modikum Erziehung – der Volksschule – reduziert werden sollen, das allein mit den ökonomischen Verhältnissen nicht nur der Lohnarbeiter, sondern auch der Bauern verträglich ist?

„Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht.“ Die erste existiert selbst in Deutschland, das zweite in der Schweiz und den Vereinigten Staaten für Volksschulen. Wenn in einigen Staaten der letzteren auch höhere Unterrichtsanstalten „unentgeltlich“ sind, so heißt das faktisch nur den höhern Klassen ihre Erziehungskosten aus dem allgemeinen Steuersäckel bestreiten. Nebenbei gilt dasselbe von der unter A. 5 verlangten „unentgeltlichen Rechtspflege“. Die Kriminaljustiz ist überall unentgeltlich zu haben; die Ziviljustiz dreht sich fast nur um Eigentumskonflikte, berührt also fast nur die besitzenden Klassen. Sollen sie auf Kosten des Volkssäckels ihre Prozesse führen?

Der Paragraph über die Schulen hätte wenigstens technische Schulen (theoretische und praktische) in Verbindung mit der Volksschule verlangen sollen.

Ganz verwerflich ist eine „*Volkserziehung durch den Staat*“. Durch ein allgemeines Gesetz die Mittel der Volksschulen bestimmen, die Qualifizierung des Lehrpersonals, die Unterrichtszweige etc., und, wie es in den Vereinigten Staaten geschieht, durch Staatsinspektoren die Erfüllung dieser gesetzlichen Vorschriften überwachen, ist etwas ganz anderes, als den Staat zum Volkserzieher zu ernennen! Vielmehr sind Regierung und Kirche gleichmäßig von jedem Einfluß auf die Schule auszuschließen. Im preußisch-deutschen Reich nun gar (und man helfe sich nicht mit der faulen Ausflucht, daß man von einem „Zukunftsstaat“ spricht; wir haben gesehen, welche Bewandnis es damit hat) bedarf umgekehrt der Staat einer sehr rauen Erziehung durch das Volk.

Doch das ganze Programm, trotz allen demokratischen Geklingels, ist durch und durch vom Untertanenglauben der Lassalleschen Sekte an den Staat verpestet, oder, was nicht besser, vom demokratischen Wunderglauben, oder vielmehr ist es ein Kompromiß zwischen diesen zwei Sorten, dem Sozialismus gleich fernen, Wunderglauben.

„*Freiheit der Wissenschaft*“ lautet ein Paragraph der preußischen Verfassung. Warum also hier?

„*Gewissensfreiheit*“! Wollte man zu dieser Zeit des Kulturkampfes²⁰ dem Liberalismus seine alten Stichworte zu Gemüt führen, so konnte es doch nur in dieser Form geschehen: Jeder muß seine religiöse wie seine leibliche Notdurft* verrichten können, ohne daß die Polizei ihre Nase hineinsteckt. Aber die Arbeiterpartei mußte doch bei dieser Gelegenheit ihr Bewußtsein darüber aussprechen, daß

* In der deutschen Ausgabe, Marx/Engels, *Werke*, Bd. 19, ist vermerkt: (1891) seine religiösen . . . Bedürfnisse

die bürgerliche „Gewissensfreiheit“ nichts ist außer der Duldung aller möglichen Sorten *religiöser Gewissensfreiheit*, und daß sie vielmehr die Gewissen vom religiösen Spuk zu befreien strebt. Man beliebt aber das „bürgerliche“ Niveau nicht zu überschreiten.

Ich bin jetzt zu Ende gelangt, denn der nun im Programm folgende Anhang bildet keinen charakteristischen Bestandteil desselben. Ich habe mich daher hier ganz kurz zu fassen.

2. „Normalarbeitstag.“

Die Arbeiterpartei keines andern Landes hat sich auf solch unbestimmte Forderung beschränkt, sondern stets die Länge des Arbeitstages fixiert, die sie unter den gegebenen Umständen für normal hält.

3. „Beschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit.“

Die Normierung des Arbeitstags muß die Beschränkung der Frauenarbeit schon einschließen, soweit sie sich auf Dauer, Pausen etc. des Arbeitstages bezieht; sonst kann sie nur Ausschluß der Frauenarbeit aus Arbeitszweigen bedeuten, die speziell gesundheitswidrig für den weiblichen Körper oder für das weibliche Geschlecht sittenwidrig sind. Meinte man das, so mußte es gesagt werden.

„*Verbot der Kinderarbeit*“! Hier war absolut notwendig, die Altersgrenze anzugeben.

Allgemeines Verbot der Kinderarbeit ist unverträglich mit der Existenz der großen Industrie und daher leerer frommer Wunsch. Durchführung desselben — wenn möglich — wäre reaktionär, da bei strenger Regelung der Arbeitszeit nach den verschiedenen Altersstufen und sonstigen Vorsichtsmaßregeln zum Schutz der Kinder, frühzeitige Verbindung produktiver

Arbeit mit Unterricht eines der mächtigsten Umwandlungsmittel der heutigen Gesellschaft ist.

4. „Staatliche Überwachung der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie.“

Gegenüber dem preußisch-deutschen Staat war bestimmt zu verlangen, daß die Inspektoren nur gerichtlich absetzbar sind; daß jeder Arbeiter sie wegen Pflichtverletzung den Gerichten denunzieren kann; daß sie dem ärztlichen Stand angehören müssen.

5. „Regelung der Gefängnisarbeit.“

Kleinliche Forderung in einem allgemeinen Arbeiterprogramm. Jedenfalls mußte man klar aussprechen, daß man nicht aus Konkurrenzneid die gemeinen Verbrecher wie Vieh behandelt wissen und ihnen namentlich nicht ihr einziges Besserungsmittel, produktive Arbeit, abschneiden will. Das war doch das geringste, was man von Sozialisten erwarten durfte.

6. „Ein wirksames Haftgesetz.“

Es war zu sagen, was man unter „wirksamem“ Haftgesetz versteht.

Nebenbei bemerkt, hat man beim Normalarbeitstag den Teil der Fabrikgesetzgebung übersehn, der Gesundheitsmaßregeln und Schutzmittel gegen Gefahr etc. betrifft. Das Haftgesetz tritt erst in Wirkung, sobald diese Vorschriften verletzt werden.

Kurz, auch dieser Anhang zeichnet sich durch schlottrige Redaktion aus.

Dixi et salvavi animam meam.*

* Ich habe gesprochen und meine Seele gerettet.

ENGELS ÜBER DAS GÖTTAER
PROGRAMM

ENGELS AN AUGUST BEBEL
IN ZWICKAU²¹

London, 18./28. März 1875

Lieber Bebel!

Ich habe Ihren Brief vom 23. Februar erhalten und freue mich, daß es Ihnen körperlich so gut geht.

Sie fragen mich, was wir von der Einigungsgeschichte halten? Leider ist es uns ganz gegangen wie Ihnen. Weder Liebknecht noch sonst jemand hat uns irgendwelche Mitteilung gemacht, und auch wir wissen daher nur, was in den Blättern steht, und da stand nichts, bis vor zirka acht Tagen der Programmentwurf kam. Der hat uns allerdings nicht wenig in Erstaunen gesetzt.

Unsere Partei hatte so oft den Lassalleanern die Hand zur Versöhnung oder doch wenigstens zum Kartell geboten und war von den Hasenclever, Hasselmann und Tölckes so oft und so schnöde zurückgewiesen worden, daß daraus jedes Kind den Schluß ziehen mußte: Wenn diese Herren jetzt selbst kommen und Versöhnung bieten, so müssen sie in

einer verdamnten Klemme sein. Bei dem wohlbekannten Charakter dieser Leute ist es aber unsere Schuldigkeit, diese Klemme zu benutzen, um uns alle und jede mögliche Garantien auszubedingen, damit nicht jene Leute auf Kosten unserer Partei in der öffentlichen Arbeitermeinung ihre erschütterte Stellung wieder befestigen. Man mußte sie äußerst kühl und mißtrauisch empfangen, die Vereinigung abhängig machen von dem Grade ihrer Bereitwilligkeit, ihre Sektenstichworte und ihre Staatshilfe fallenzulassen und im wesentlichen das Eisenacher Programm von 1869²² oder eine für den heutigen Zeitpunkt angemessene verbesserte Ausgabe desselben anzunehmen. Unsere Partei hätte von den Lassalleanern in theoretischer Beziehung, also in dem, was fürs Programm entscheidend ist, *absolut nichts zu lernen*, die Lassalleaner aber wohl von ihr; die erste Bedingung der Vereinigung war, daß sie aufhörten, Sektierer, Lassalleaner zu sein, daß sie also vor allem das Allerweltsheilmittel der Staatshilfe wo nicht ganz aufgaben, doch als eine untergeordnete Übergangsmaßregel unter und neben vielen möglichen anderen anerkannten. Der Programmentwurf beweist, daß unsere Leute theoretisch den Lassalleanerführern hundertmal überlegen — ihnen an politischer Schlaueit ebensowenig gewachsen sind; die „Ehrlichen“⁴⁹ sind einmal wieder von den Nichtehrlichen grausam über den Löffel barbiert.

Zuerst nimmt man die großtönende, aber historisch falsche Lassallesche Phrase an: gegenüber der Arbeiterklasse seien alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse. Dieser Satz ist nur in einzelnen Ausnahmefällen wahr; zum Beispiel in einer Revolution des Proletariats, wie die Kommune, oder in einem Land, wo nicht nur die Bourgeoisie Staat und Gesellschaft nach ihrem Bilde gestaltet hat, sondern auch

schon nach ihr das demokratische Kleinbürgertum diese Umbildung bis auf ihre letzten Konsequenzen durchgeführt hat. Wenn zum Beispiel in Deutschland das demokratische Kleinbürgertum zu dieser reaktionären Masse gehörte, wie konnte da die Sozialdemokratische Arbeiterpartei jahrelang mit ihm, mit der Volkspartei⁶ Hand in Hand gehen? Wie kann der „Volksstaat“²³ fast seinen ganzen politischen Inhalt aus der kleinbürgerlich-demokratischen „Frankfurter Zeitung“²⁴ nehmen? Und wie kann man nicht weniger als sieben Forderungen in dies selbe Programm aufnehmen, die direkt und wörtlich übereinstimmen mit dem Programm der Volkspartei und kleinbürgerlichen Demokratie? Ich meine die sieben politischen Forderungen 1 bis 5 und 1 bis 2, von denen keine einzige, die nicht *bürgerlich*-demokratisch²⁵.

Zweitens wird das Prinzip der Internationalität der Arbeiterbewegung praktisch für die Gegenwart vollständig verleugnet, und das von den Leuten, die fünf Jahre lang und unter den schwierigsten Umständen dies Prinzip auf die ruhmvollste Weise hochgehalten. Die Stellung der deutschen Arbeiter an der Spitze der europäischen Bewegung beruht *wesentlich* auf ihrer echt internationalen Haltung während des Kriegs; kein anderes Proletariat hätte sich so gut benommen. Und jetzt soll dies Prinzip von ihnen verleugnet werden im Moment, wo überall im Ausland die Arbeiter es in demselben Maß betonen, in dem die Regierungen jeden Versuch seiner Betätigung in einer Organisation zu unterdrücken streben! Und was bleibt allein vom Internationalismus der Arbeiterbewegung übrig? Die blasse Aussicht – nicht einmal auf ein späteres Zusammenwirken der europäischen Arbeiter zu ihrer Befreiung – nein, auf eine künftige

„internationale Völkerverbrüderung“ – auf die „Vereinigten Staaten von Europa“ der Bourgeois von der Friedensliga²⁶!

Es war natürlich gar nicht nötig, von der Internationale als solche zu sprechen. Aber das mindeste war doch, keinen Rückschritt gegen das Programm von 1869 zu tun und etwa zu sagen: *obgleich* die deutsche Arbeiterpartei *zunächst* innerhalb der ihr gesetzten Staatsgrenzen wirkt (sie hat kein Recht, im Namen des europäischen Proletariats zu sprechen, besonders nicht, etwas Falsches zu sagen), so ist sie sich ihrer Solidarität bewußt mit den Arbeitern aller Länder und wird stets bereit sein, wie bisher auch fernerhin die ihr durch diese Solidarität aufgelegten Verpflichtungen zu erfüllen. Derartige Verpflichtungen bestehen, auch ohne daß man gerade sich als Teil der „Internationale“ proklamiert oder ansieht, zum Beispiel Hilfe, Abhalten von Zuzug bei Streiks, Sorge dafür, daß die Parteiorgane die deutschen Arbeiter von der ausländischen Bewegung unterrichtet halten, Agitation gegen drohende oder ausbrechende Kabinettskriege, Verhalten während solcher, wie 1870 und 1871 mustergültig durchgeführt, usw.

Drittens haben sich unsere Leute das Lassallesche „eherne Lohngesetz“⁴⁶ aufoktroyieren lassen, das auf einer ganz veralteten ökonomischen Ansicht beruht, nämlich daß der Arbeiter im Durchschnitt nur das *Minimum* des Arbeitslohnes erhält, und zwar deshalb, weil nach Malthusscher Bevölkerungstheorie immer zuviel Arbeiter da sind (dies war Lassalles Beweisführung). Nun hat Marx im „Kapital“ ausführlich nachgewiesen, daß die Gesetze, die den Arbeitslohn regulieren, sehr kompliziert sind, daß je nach den Verhältnissen bald dieses, bald jenes vorwiegt, daß sie also keineswegs ehern, sondern im Gegenteil sehr elastisch sind

und daß die Sache gar nicht so mit ein paar Worten abzumachen ist, wie Lassalle sich einbildete. Die Malthussche Begründung des von Lassalle ihm und Ricardo (unter Verfälschung des letzteren) abgeschriebenen Gesetzes, wie sie sich zum Beispiel „Arbeiterlesebuch“, Seite 5²⁷, aus einer anderen Broschüre Lassalles zitiert findet, ist von Marx in dem Abschnitt über „Akkumulationsprozeß des Kapitals“²⁸ ausführlich widerlegt. Man bekennt sich also durch Adop-tierung des Lassalleschen „ehernen Gesetzes“ zu einem falschen Satz und einer falschen Begründung desselben.

Viertens stellt das Programm als *einzig soziale* Forderung auf – die Lassallesche Staatshilfe in ihrer nacktesten Gestalt, wie Lassalle sie von Buchez gestohlen hatte. Und das, nachdem Bracke diese Forderung sehr gut in ihrer ganzen Nichtigkeit aufgewiesen²⁹; nachdem fast alle, wo nicht alle Redner unserer Partei im Kampf mit den Lassalleanern genötigt gewesen sind, gegen diese „Staatshilfe“ aufzutreten! Tiefer konnte unsere Partei sich nicht demütigen. Der Internationalismus heruntergekommen auf Amand Goegg, der Sozialismus auf den Bourgeoisrepublikaner Buchez, der diese Forderung *gegenüber den Sozialisten* stellte, um sie auszustechen!

Im besten Fall aber ist die „Staatshilfe“ im Lassalleschen Sinne doch nur eine *einzig* Maßregel unter vielen anderen, um das Ziel zu erreichen, was hier mit den lahmen Worten bezeichnet wird: „um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen“, als ob es für uns noch eine theoretisch *ungelöste soziale Frage* gäbe! Wenn man also sagt: Die deutsche Arbeiterpartei erstrebt die Abschaffung der Lohnarbeit und damit der Klassenunterschiede vermittelt der Durchführung der genossenschaftlichen Produktion in Industrie und Acker-

bau und auf nationalem Maßstab; sie tritt ein für jede Maßregel, welche geeignet ist, dieses Ziel zu erreichen! — so kann kein Lassalleaner etwas dagegen haben.

Fünftens ist von der Organisation der Arbeiterklasse als Klasse vermittlels der Gewerksgenossenschaften gar keine Rede. Und das ist ein sehr wesentlicher Punkt, denn dies ist die eigentliche Klassenorganisation des Proletariats, in der es seine täglichen Kämpfe mit dem Kapital durchficht, in der es sich schult und die heutzutage bei der schlimmsten Reaktion (wie jetzt in Paris) platterdings nicht mehr kaputtzumachen ist. Bei der Wichtigkeit, die diese Organisation auch in Deutschland erreicht, wäre es unserer Ansicht nach unbedingt notwendig, ihrer im Programm zu gedenken und ihr womöglich einen Platz in der Organisation der Partei offenzulassen.

Das alles haben unsere Leute den Lassalleanern zu Gefallen getan. Und was haben die anderen nachgegeben? Daß ein Haufen ziemlich verworrener *rein demokratischer Forderungen* im Programm figurieren, von denen manche reine Modesache sind, wie zum Beispiel die „Gesetzgebung durch das Volk“, die in der Schweiz besteht und mehr Schaden als Nutzen anrichtet, wenn sie überhaupt was anrichtet. *Verwaltung* durch das Volk, das wäre noch etwas. Ebenso fehlt die erste Bedingung aller Freiheit: daß alle Beamte für alle ihre Amtshandlungen jedem Bürger gegenüber vor den gewöhnlichen Gerichten und nach gemeinem Recht verantwortlich sind. Davon, daß solche Forderungen wie: Freiheit der Wissenschaft — Gewissensfreiheit in jedem liberalen Bourgeoisprogramm figurieren und sich hier etwas befremdend ausnehmen, davon will ich weiter nicht sprechen.

Der freie Volksstaat ist in den freien Staat verwandelt. Grammatikalisch genommen ist ein freier Staat ein solcher, wo der Staat frei gegenüber seinen Bürgern ist, also ein Staat mit despotischer Regierung. Man sollte das ganze Gerede vom Staat fallenlassen, besonders seit der Kommune, die schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war. Der *Volksstaat* ist uns von den Anarchisten bis zum Überdruß in die Zähne geworfen worden, obwohl schon die Schrift Marx' gegen Proudhon³⁰ und nachher das „Kommunistische Manifest“ direkt sagen, daß mit Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Staat sich von selbst auflöst und verschwindet. Da nun der Staat doch nur eine vorübergehende Einrichtung ist, deren man sich im Kampf, in der Revolution bedient, um seine Gegner gewaltsam niederzuhalten, so ist es purer Unsinn, vom freien Volksstaat zu sprechen: solange das Proletariat den Staat noch *gebraucht*, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen. Wir würden daher vorschlagen, überall statt *Staat* „Gemeinwesen“ zu setzen, ein gutes altes deutsches Wort, das das französische „Kommune“ sehr gut vertreten kann.

„Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit“ ist auch eine sehr bedenkliche Phrase statt: „Aufhebung aller Klassenunterschiede“. Von Land zu Land, von Provinz zu Provinz, von Ort zu Ort sogar wird immer eine *gewisse* Ungleichheit der Lebensbedingungen bestehen, die man auf ein Minimum reduzieren, aber nie ganz beseitigen können wird. Alpenbewohner werden immer andere Lebensbedingungen haben als Leute des flachen Landes. Die Vorstellung der sozialistischen Gesellschaft als des Reiches der *Gleichheit*

ist eine einseitige französische Vorstellung, anlehnend an das alte „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, eine Vorstellung, die *als Entwicklungsstufe* ihrer Zeit und ihres Ortes berechtigt war, die aber, wie alle die Einseitigkeiten der früheren sozialistischen Schulen, jetzt überwunden sein sollten, da sie nur Verwirrung in den Köpfen anrichten und präzisere Darstellungsweisen der Sache gefunden sind.

Ich höre auf, obwohl fast jedes Wort in diesem dabei saft- und kraftlos redigierten Programm zu kritisieren wäre. Es ist derart, daß, falls es angenommen wird, Marx und ich *uns nie* zu der auf dieser Grundlage errichteten *neuen* Partei bekennen können und uns sehr ernstlich werden überlegen müssen, welche Stellung wir — auch öffentlich — ihr gegenüber zu nehmen haben. Bedenken Sie, daß man *uns* im Auslande für alle und jede Äußerungen und Handlungen der deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei verantwortlich macht. So Bakunin in seiner Schrift „Politik und Anarchie“, wo wir einstehen müssen für jedes unüberlegte Wort, das Liebknecht seit Stiftung des „Demokratischen Wochenblattes“ gesagt und geschrieben.³¹ Die Leute bilden sich eben ein, wir kommandierten von hier aus die ganze Geschichte, während Sie so gut wie ich wissen, daß wir uns fast nie im geringsten in die inneren Parteiangelegenheiten gemischt, und auch dann nur, um Böcke, die nach unserer Ansicht geschossen worden, und zwar *nur theoretische*, wieder nach Möglichkeit gutzumachen. Sie werden aber selbst einsehen, daß dies Programm einen Wendepunkt bildet, der uns sehr leicht zwingen könnte, alle und jede Verantwortlichkeit mit der Partei, die es anerkennt, abzulehnen.

Im allgemeinen kommt es weniger auf das offizielle Programm einer Partei an, als auf das, was sie tut. Aber ein *neues* Programm ist doch immer eine öffentlich aufgepflanzte Fahne, und die Außenwelt beurteilt danach die Partei. Es sollte daher keinesfalls einen Rückschritt enthalten, wie dies gegenüber dem Eisenacher. Man sollte doch auch bedenken, was die Arbeiter anderer Länder zu diesem Programm sagen werden; welchen Eindruck diese Kniebeugung des gesamten deutschen sozialistischen Proletariats vor dem Lassalleanismus machen wird.

Dabei bin ich überzeugt, daß eine Einigung auf *dieser* Basis kein Jahr dauern wird. Die besten Köpfe unserer Partei sollten sich dazu hergeben, auswendig gelernte Lassallesche Sätze vom ehernen Lohngesetz und der Staatshilfe abzuleiern? Ich möchte zum Beispiel Sie dabei sehen! Und täten sie es, ihre Zuhörer würden sie auszischen. Und ich bin sicher, die Lassalleaner bestehen gerade auf *diesen* Stücken des Programms wie der Jude Shylock auf seinem Pfund Fleisch. Die Trennung wird kommen; aber wir werden Hasselmann, Hasenclever und Tölcke und Konsorten wieder „ehrlich gemacht“ haben; wir werden schwächer und die Lassalleaner stärker aus der Trennung hervorgehen; unsere Partei wird ihre politische Jungferschaft verloren haben und wird nie wieder gegen Lassalle-Phrasen, die sie eine Zeitlang selbst auf die Fahne geschrieben, herzhast auftreten können; und wenn die Lassalleaner dann wieder sagen: sie seien die eigentlichste und einzige Arbeiterpartei, unsere Leute seien Bourgeois, so ist das Programm da, um es zu beweisen. Alle sozialistischen Maßregeln darin sind *ihre*, und *unsere* Partei hat nichts hineingesetzt als Forderungen der kleinbürgerlichen Demokratie, die doch *auch von ihr* in

demselben Programm als Teil der „reaktionären Masse“ bezeichnet ist!

Ich hatte diesen Brief liegenlassen, da Sie doch erst am 1. April zu Ehren von Bismarcks Geburtstag freikommen und ich ihn nicht der Chance des Abfassens bei einem Schmuggelversuch aussetzen wollte. Da kommt nun gerade ein Brief von Bracke, der auch wegen des Programms seine schweren Bedenken hat und unsere Meinung wissen will. Ich schicke ihn daher zur Beförderung an ihn, damit er ihn lese und ich den ganzen Kram nicht noch einmal zu schreiben brauche. Übrigens habe ich Ramm ebenfalls klaren Wein eingeschenkt, an Liebknecht schrieb ich nur kurz. Ich verzeihe ihm nicht, daß er uns von der ganzen Sache *kein Wort* mitgeteilt (während Ramm und andere glaubten, er habe uns genau unterrichtet), bis es sozusagen zu spät war. Das hat er zwar von jeher so gemacht – und daher die viele unangenehme Korrespondenz, die wir, Marx sowohl wie ich, mit ihm hatten –, aber diesmal ist es doch zu arg, und *wir geben entschieden nicht mit*.

Sehen Sie, daß Sie es einrichten, im Sommer herzukommen, Sie wohnen natürlich bei mir, und wenn das Wetter gut, können wir ein paar Tage seebaden gehen, das wird Ihnen nach dem langen Brummen recht nützlich sein.

Freundlichst Ihr

F. E.

Marx ist eben ausgezogen, er wohnt 41, Maitland Park Crescent, N.W. London.

ENGELS AN WILHELM BRACKE
IN BRAUNSCHWEIG

122, Regent's Park Road, N.W.
London, 11. Oktober 1875

Lieber Bracke,

Ich habe die Antwort auf Ihre letzten Briefe, den letzten vom 28. Juni, bisher verzögert, einerseits, weil M[arx] und ich während 6 Wochen nicht beieinander waren – er in Karlsbad und ich an der See, wo ich den „Volksstaat“²³ nicht sah – und dann, weil ich ein wenig abwarten wollte, wie sich die neue Einigung und der kombinierte Ausschuß³² in der Praxis verhalten.

Wir sind ganz Ihrer Ansicht, daß Liebkn[echt] durch seinen Eifer, die Einigung zu erreichen, *jeden* Preis für sie zu zahlen, die ganze Sache verfahren hat. Man konnte dies für nötig halten, brauchte es aber dem andern Kontrahenten nicht zu sagen oder zu zeigen. Nachher muß dann ein Fehler immer den andern rechtfertigen. Nachdem der Einigungskongreß einmal auf fauler Grundlage ins Werk gesetzt und

ausposaunt war, durfte er um keinen Preis scheitern, und so mußte man von neuem in wesentlichen Punkten klein begeben. Sie haben ganz recht: diese Einigung trägt den Keim der Spaltung in sich, und ich will froh sein, wenn dann *nur* die unheilbaren Fanatiker abfallen, nicht aber auch ein ganzer sonst tüchtiger und unter guter Schulung brauchbar zu machender Schwanz. Das wird abhängen von der Zeit, wann, und von den Umständen, unter denen dies Unvermeidliche eintritt.

Das Programm in seiner schließlichen Redaktion besteht aus 3 Bestandteilen:

1. den Lassalleschen Phrasen und Stichwörtern, die unter keiner Bedingung angenommen werden durften. Wenn zwei Fraktionen sich einigen, so setzt man ins Programm, worüber man einig, nicht das, was streitig ist. Indem unsre Leute dies dennoch zuließen, gingen sie freiwillig durchs kaudinische Joch³³;

2. eine Reihe vulgärdemokratischer Forderungen, im Geist und im Stil der Volkspartei aufgesetzt;

3. eine Anzahl kommunistisch sein sollender Sätze, meist dem „Manifest“ entlehnt, aber so umredigiert, daß sie, bei Lichte betrachtet, samt und sonders haarsträubenden Blödsinn enthalten. Wenn man diese Sachen nicht versteht, so soll man die Finger davonlassen oder aber sie wörtlich abschreiben von denen, die zugegebnermaßen die Sache verstehen.

Glücklicherweise ist es dem Programm besser gegangen, als es verdient. Arbeiter wie Bourgeois und Kleinbürger lesen das hinein, was eigentlich drin stehn sollte, aber nicht drin steht, und von keiner Seite ist es jemandem eingefallen, öffentlich einen dieser wunderbaren Sätze auf seinen wirk-

lichen Inhalt hin zu untersuchen. Das hat es uns möglich gemacht, zu diesem Programm zu schweigen. Es kommt dazu, daß man diese Sätze in keine fremde Sprache übersetzen kann, ohne *gezwungen* zu sein, entweder handgreiflich verrücktes Zeug hinzuschreiben oder aber ihnen einen kommunistischen Sinn unterzuschieben, und letzteres tun soweit Freund und Feind. Ich selbst habe es tun müssen bei einer Übersetzung für unsre spanischen Freunde.

Was ich von der Tätigkeit des Ausschusses gesehen, ist soweit nicht erfreulich. Erstens das Vorgehn gegen Ihre und B. Beckers Schriften³⁴; nicht Schuld des Ausschusses, wenn es nicht durchdrang. Zweitens erzählte Sonnemann, den M[arx] bei der Durchreise sah, er habe Vahlteich eine Korrespondenz für die „F[rank]f[urte]r Z[eit]u[n]g“²⁴ angeboten, aber der Ausschuß habe V[ahlteich] die Annahme *verboten*! Das geht denn doch über die Zensur, und ich begreife nicht, wie V[ahlteich] sich nur so etwas verbieten lassen konnte. Dabei die Ungeschicklichkeit! Sie hätten eher dafür sorgen sollen, daß die „F[rank]f[urte]r“ überall in Deutschland von den Unsern bedient würde! Endlich scheint mir das Verfahren der Lassalleschen Mitglieder bei Gründung der Berliner Assoziations-Druckerei auch nicht sehr aufrichtig; nachdem bei der Leipziger Druckerei unsre Leute vertrauensselig den Ausschuß zum Aufsichtsrat ernannt, müssen die in Berlin erst dazu *gezwungen* werden. Doch kenne ich hier die Details nicht genau.

Es ist indes gut, daß der Ausschuß wenig Tätigkeit entfaltet und sich, wie C. Hirsch sagt, der dieser Tage hier war, darauf beschränkt, als Korrespondenz- und Auskunftsbüro zu vegetieren. Jedes lebhaftes Einschreiten seiner-

seits würde die Krisis nur beschleunigen, und das scheinen die Leute zu fühlen.

Und welche Schwachheit, 3 Lassalleaner und 2 von Unsern in den Ausschuß zu akzeptieren!

Alles in allem scheint man noch mit einem wenn auch starken blauen Auge davonzukommen. Hoffen wir, daß es dabei bleibt und inzwischen die Propaganda unter den Lassalleanern ihre Wirkung tut. Wenn die Sache bis zu den nächsten Reichstagswahlen³⁵ vorhält, kann's gut gehn. Aber da werden Stieber und Tessendorf ihr Bestes tun, und da wird auch die Zeit eintreten, wo man erst sehn wird, *was* man an Hass[elmann] und Has[enclever] übernommen hat.

M[arx] ist von Karlsbad ganz verändert zurückgekommen, kräftig, frisch, munter und gesund, und kann sich nun bald wieder ernstlich an die Arbeit setzen. Er und ich grüßen Sie herzlich. Lassen Sie gelegentlich wieder von sich hören, wie es mit der Geschichte geht. Die Leipziger³⁶ sind alle zu tief dabei interessiert, als daß sie uns klaren Wein einschenken sollten, und die *innere* Parteigeschichte kommt grade jetzt erst recht nicht an die Öffentlichkeit.

Aufrichtigst Ihr

F. E.

ENGELS AN AUGUST BEBEL
IN LEIPZIG

London, 12. Oktober 1875

Lieber Bebel!

Ihr Brief bestätigt ganz unsere Ansicht, daß die Einigung unsererseits überstürzt ist und den Keim künftigen Zwiespalts in sich trägt. Wenn es gelingt, diesen Zwiespalt bis über die nächsten Reichstagswahlen³⁵ hinauszuschieben, wäre es schon gut . . .

Das Programm, wie es jetzt ist, besteht aus drei Teilen:

1. Den Lassalleschen Sätzen und Stichworten, die aufgenommen zu haben eine Schmach unserer Partei bleibt. Wenn zwei Fraktionen sich über ein gemeinsames Programm einigen, so setzen sie das hinein, worüber sie einig und berühren nicht das, worüber sie uneinig sind. Die Lassallesche Staatshilfe stand zwar im Eisenacher Programm, aber als *eine* aus vielen *Übergangsmaßregeln*, und nach allem, was ich gehört habe, war sie, *ohne* die Einigung, ziemlich sicher, im diesjährigen Kongreß auf Brackes Antrag an die

Luft gesetzt zu werden. Jetzt figuriert sie als das eine unfehlbare und ausschließliche Heilmittel für alle sozialen Gebrechen. Das „eherne Lohngesetz“¹⁶ und andere Lassallesche Phrasen sich aufoktroyieren zu lassen, war für unsere Partei eine kolossale moralische Niederlage. Sie bekehrte sich zum Lassalleschen Glaubensbekenntnis. Das ist nun einmal nicht wegzuleugnen. Dieser Teil des Programms ist das kaudinische Joch³³, unter dem unsere Partei zum größeren Ruhm des heiligen Lassalle durchgekrochen ist;

2. aus demokratischen Forderungen, die ganz im Sinn und im Stil der Volkspartei aufgesetzt sind;

3. aus Forderungen an den „*heutigen* Staat“ (wobei man nicht weiß, an wen denn die übrigen „Forderungen“ gestellt werden), die sehr konfus und unlogisch sind;

4. aus allgemeinen Sätzen, meist dem „Kommunistischen Manifeste“ und den Statuten der Internationale entlehnt, die aber so umredigiert sind, daß sie entweder *total Falsches* enthalten oder aber *reinen Blödsinn*, wie Marx das in dem Ihnen bekannten Aufsatz im einzelnen nachgewiesen.

Das Ganze ist im höchsten Grad unordentlich, konfus, unzusammenhängend, unlogisch und blamabel. Wenn unter der Bourgeoispreßse ein einziger kritischer Kopf wäre, er hätte dies Programm Satz für Satz durchgenommen, jeden Satz auf seinen wirklichen Inhalt hin untersucht, den Unsinn recht handgreiflich auseinandergelegt, die Widersprüche und ökonomischen Schnitzer (zum Beispiel: daß die Arbeitsmittel heute „Monopol der Kapitalistenklasse“ sind, als ob es keine Grundbesitzer gäbe, das Gerede von „Befreiung der *Arbeit*“ statt der Arbeiterklasse, die Arbeit selbst ist heutzutage ja gerade *viel zu frei!*) entwickelt und unsere ganze Partei greulich lächerlich gemacht. Statt dessen haben die Esel von

Bourgeoisblättern dies Programm ganz ernsthaft genommen, hineingelesen, was nicht darin steht, und es kommunistisch gedeutet. Die Arbeiter scheinen dasselbe zu tun. Es ist *dieser Umstand allein*, der es Marx und mir möglich gemacht hat, uns nicht öffentlich von einem solchen Programm loszusagen. Solange unsere Gegner und ebenso die Arbeiter diesem Programm unsere Ansichten unterschieben, ist es uns erlaubt, darüber zu schweigen.

Wenn Sie mit dem Resultat in der Personenfrage zufrieden sind, so müssen die Ansprüche auf unserer Seite ziemlich tief gesunken sein. Zwei von den Unseren und drei Lassalleaner! Also auch hier die Unseren nicht gleichberechtigte Alliierte, sondern Besiegte und von vornherein überstimmt. Die Aktion des Ausschusses, soweit wir sie kennen, ist auch nicht erbaulich: 1. Beschluß, Brackes und B. Beckers zwei Schriften über Lassallesches *nicht* auf die Parteischriftenliste zu setzen; wenn dies zurückgenommen, so ist es nicht die Schuld des Ausschusses und auch nicht Liebknechts; 2. Verbot an Vahlteich, die ihm von Sonnemann angetragene Korrespondenz für die „Frankfurter Zeitung“²⁴ anzunehmen. Dies hat Sonnemann dem durchreisenden Marx selbst erzählt. Was mich noch mehr dabei wundert als die Arroganz des Ausschusses und die Bereitwilligkeit, womit Vahlteich sich gefügt hat, statt dem Ausschuß etwas zu pfeifen, ist die kolossale Dummheit dieses Beschlusses. Der Ausschuß sollte doch lieber dafür sorgen, daß ein Blatt, wie die „Frankfurter“, von allen Orten aus *nur* durch unsere Leute bedient wird.

... Daß die ganze Sache ein Erziehungsexperiment ist, das auch unter diesen Umständen einen sehr günstigen Erfolg

verspricht, darin haben Sie ganz recht. Die Einigung als solche ist ein großer Erfolg, wenn sie sich zwei Jahre hält. Aber sie war unzweifelhaft weit billiger zu haben.

ENGELS AN KARL KAUTSKY
IN STUTTGART

London, 7. Januar 1891

Lieber Kautsky,

Gestern schickte ich Dir *eingeschrieben* das Ms. von Marx, an dem Du Deine Freude gehabt haben wirst. Ich zweifle, ob es *so* im heiligen Deutschen Reich wird erscheinen können. Sieh es Dir drauf an, und wo es geht, laß die bedenklichen Stellen weg und ersetze sie durch Punkte. Wo der Zusammenhang dies aber nicht zuläßt, sei so gut, mir im Korrekturabzug die Stellen zu bezeichnen und, wenn möglich, in 2 Zeilen die *Gründe* der Bedenklichkeit mitzuteilen, ich will dann das mögliche tun. Ich würde dann das abgeänderte in Klammern setzen und in meinen Einleitungsworten sagen, daß dies *geänderte* Stellen sind. Daher Korrektur in Fahnen, bitte!

Es finden aber vielleicht auch noch andre Leute an diesem Abdruck Mißfallen, außer einer hohen Polizei. Solltest Du glauben, in dieser Beziehung Rücksichten nehmen zu müs-

sen, so würde ich Dich bitten, das Ms. *eingeschrieben* an Adler zu schicken. Dort in Wien kann es wahrscheinlich (mit Ausnahme leider der prächtigen Stelle über religiöse Notdurft) ganz gedruckt werden, *und gedruckt wird es auf jeden Fall*. Ich sollte aber denken, daß diese meine Dir hiermit mitgeteilte *sehr positive* Absicht Dir vollkommene Deckung gegen irgendwelche mögliche Wehklagen gibt. Denn da Ihr den Druck doch nicht verhindern könnt, ist es ja weit besser, es erscheint in Deutschland selbst und in dem für solche Dinge eigens gestifteten Parteiorgan, der „Neuen Zeit“³⁷.

Ich habe die Brentano-Arbeit³⁸ unterbrochen, um dies Ding für Dich fertigzumachen; ich muß nämlich die Stellen über das eherne Lohngesetz¹⁶ dort verwerten, und da war's nicht der Mühe wert, dies Ding nicht gleich druckfertig zu machen. Ich dachte diese Woche mit Br[entano] fertig zu werden, aber es sind wieder soviel Störungen und Korrespondenzen dazwischengekommen, daß es kaum möglich sein wird.

Also falls es Hindernisse gibt, sei so gut, mich zu unterrichten . . .

Dein
F. Engels

ENGELS AN KARL KAUTSKY
IN STUTTGART

London, 15. Januar 1891

Lieber Baron,

Aus den beiliegenden Korrekturen wirst Du ersehn, daß ich kein Unmensch bin und sogar noch in der Einleitung etwas beruhigendes Morphin und Bromkalium eingegeben habe, was auf die elegische Stimmung unsres Freundes Dietz wohl die genügende schmerzstillende Wirkung ausüben wird. An Bebel schreibe ich noch heute. Ich habe ihm früher nichts von der Sache gesagt, weil ich ihn nicht in eine falsche Stellung gegen L[ie]bk[necht] bringen wollte. Diesem wäre er *verpflichtet* gewesen, davon zu sprechen, und L[iebknecht], der, wie seine Haller Programmrede³⁹ beweist, sich Auszüge aus dem Ms. gemacht, würde Himmel und Hölle aufgeboten haben, den Druck zu verhindern.

Kann die Stelle: „ihre religiösen *wie ihre leiblichen* (Bedürfnisse) zu verrichten“ nicht gut stehnableiben, so streich die 3 unterstrichenen Worte und setze Punkte. Die Anspie-

lung wird dann feiner und doch noch verständlich genug.
Dann wird's hoffentlich keine Bedenken setzen.

Sonst habe ich Dir und Dietz alles zu Gefallen getan, was
Ihr verlangt habt, und wie Du siehst, *mehr* . . .

Dein

F. E.

ENGELS AN KARL KAUTSKY
IN STUTTGART

London, 3. Februar 1891

Lieber Kautsky,

Du glaubst, wir würden hier mit Briefen bombardiert wegen des Marx-Artikels – ganz im Gegenteil, wir hören und sehen nichts.

Als Samstag keine „N[eu]e Z[ei]t“³⁷ kam, dachte ich gleich, es sei wieder etwas los. Sonntag kam Ede und teilte mir Deinen Brief mit. Ich dachte nun, der Unterdrückungsstreik sei doch noch gelungen. Endlich kam Montag die Nummer, und nach einiger Zeit entdeckte ich auch den Abdruck im „Vorwärts“.⁴⁰

Da die sozialistengesetzliche Maßregelung mißraten⁴¹, war dieser kühne Sprung das Beste, was die Leute tun konnten. Er hat aber außerdem das Gute, daß er ein gut Stück der schwer überbrückbaren Kluft ausfüllt, von der August im ersten Schrecken spricht. Dieser Schrecken war jedenfalls wesentlich begründet auf die Erwägung: was werden die

Gegner daraus machen? Indem man das Ding im amtlichen Organ abdruckt, schneidet man der gegnerischen Ausbeutung die Spitze ab und stellt sich in Positur, sagen zu können: seht, wie wir uns selbst kritisieren — wir sind die einzige Partei, die sich das erlauben kann; macht uns das einmal nach! Und das ist auch der richtige Standpunkt, den die Leute hätten von vornherein einnehmen sollen.

Eine Maßregelung gegen Dich wird damit auch schwer in Szene zu setzen. Meine Bitte, das Ding eventuell an Adler zu schicken, sollte einerseits auf Dietz drücken, andererseits aber auch Deine Verantwortlichkeit decken, indem ich Dich gewissermaßen in eine Zwangslage setzte. Ich schrieb auch an August, daß ich die ganze Verantwortlichkeit auf mich allein nähme.

Fällt sonst noch Verantwortlichkeit auf jemand, dann auf Dietz. Er weiß, daß ich mich in solchen Dingen ihm gegenüber stets sehr coulant benommen. Ich habe nicht nur alle seine Milderungswünsche erfüllt, sondern noch darüber hinaus gemildert. Hätte er mehr angestrichen, so wäre das auch berücksichtigt worden. Aber woran Dietz keinen Anstoß nahm, warum sollte ich das nicht passieren lassen?

Im übrigen werden die meisten außer L[iebknecht] nach dem ersten Schrecken mir dankbar sein, daß ich das Ding veröffentlicht. Es macht jede Halbheit und Phrasenhaftigkeit im nächsten Programm unmöglich und liefert unwiderstehliche Argumente, die die meisten von ihnen vielleicht kaum den Mut gehabt hätten, aus eigener Initiative vorzubringen. Daß sie das schlechte Programm unter dem Sozialistengesetz nicht änderten, weil sie nicht konnten, ist kein Vorwurf. Und jetzt haben sie's ja selbst aufgegeben. Und daß sie vor 15 Jahren bei der Einigung sich tölpelhaft be-

nommen und sich von Hasselmann etc. über den Löffel barbieren lassen, das können sie jetzt wahrhaftig ungeniert eingestehn. Jedenfalls sind die 3 Bestandteile des Programms: 1. spezifischer Lassallianismus, 2. volksparteiliche^s Vulgärdemokratie, 3. Unsinn, dadurch nicht besser geworden, daß sie 15 Jahre lang als offizielles Parteiprogramm im Essig gelegen, und wenn man das heute nicht offen heraussagen darf, wann denn?

Wenn Du was Neues hörst, laß es uns bitte wissen. Viele Grüße.

Dein

F. E.

ENGELS AN KARL KAUTSKY
IN STUTTGART

London, 11. Februar 1891

Lieber Kautsky,

Besten Dank für Deine beiden Briefe. Die von B[ebel] und Sch[ippel] inl. zurück.

Der Boykott der Berliner gegen mich ist noch nicht aufgehoben, ich höre und sehe nichts Briefliches, sie sind sicher noch nicht schlüssig. Dagegen war im „Hamb[urger] Echo“⁴² ein Leitartikel, der sehr anständig war, in Erwägung, daß diese Leute noch sehr stark lassallisch angehaucht sind und sogar auf das System der erworbnen Rechte⁴³ schwören. Auch sah ich daraus und der „F[rank]f[urter]Ztg.“⁴⁴, daß der Ansturm der gegnerischen Presse bereits in vollem Zug, wenn nicht schon erschöpft ist. Sobald der einmal überstanden – und bis jetzt war er, soviel ich sah, sehr gelind –, werden die Leute sich vom ersten Schrecken erholen. Dagegen bedankt sich Adlers Berliner Korrespondent (A. Braun?) förmlich bei mir für die Veröffentlichung.⁴⁴ Noch ein paar solche Stimmen, und der Widerstand erlahmt.

Daß dem Bebel das Schriftstück im Mai/Juni 1875 absichtlich verheimlicht und unterschlagen wurde, ist mir alsbald klargeworden, als er mir den Datum seiner Gefängnisentlassung als 1. April angab; ich habe ihm auch geschrieben, er *müsse* es gesehn haben, falls „nichts Unrechtes“ geschehn sei. Darauf werde ich mir nötigenfalls seinerzeit Antwort erbitten. Das Dokument war lange in L[ie]bk[necht]s Hand, von dem Bracke es nur mit Schwierigkeit zurückerhielt; L[iebknecht] wollte es ganz für sich behalten, um es bei der definitiven Programmredaktion zu benutzen. Wie, das liegt vor.

Den Laf[argue]-Artikel⁴⁵ schicke mir eingeschrieben unter Streifband als Ms., ich will die Sache schon in Ordnung bringen. Im übrigen war sein Artikel über Padlewski ganz gut und sehr nützlich gegenüber den Verdrehungen des „Vorwärts“⁴⁰ über französische Politik. Überhaupt hat Wilhelm da Pech. *Er* streicht die französische Republik überall heraus, und sein von ihm eigens engagierter Korrespondent, Guesde, reißt sie überall herunter.⁴⁶

Die durch Sch[ippel] angekündigte Erklärung der Fraktion⁴⁷ ist mir äußerst gleichgültig. Wenn sie es wünschen, bin ich bereit, ihnen zu bestätigen, daß ich nicht gewohnt bin, bei ihnen um Erlaubnis anzufragen. Ob ihnen diese Veröffentlichung recht ist oder nicht, ist mir total einerlei. Das Recht, ihre abfällige Meinung über dieses und jenes auszusprechen, lasse ich ihnen gern. Wenn die Geschichte nicht derart ausfällt, daß ich absolut gezwungen bin, darauf einzugehn, denke ich gar nicht daran, darauf zu antworten. Wollen's also abwarten.

An Bebel werde ich auch deswegen nicht schreiben, denn erstens muß er mir erst selbst sagen, was er sich für eine

definitive Meinung über die Sache gebildet hat, und zweitens wird ja jeder Fraktionsbeschluß von allen unterschrieben, ob sie dafür gestimmt oder nicht. Übrigens irrt B[ebel] sich, wenn er glaubt, ich würde mich in eine verbitternde Polemik hereinreiten lassen. Da müßten sie mir denn doch erst mit Unwahrheiten etc. kommen, die ich nicht hingehn lassen könnte. Im Gegenteil, ich bin förmlich von Versöhnlichkeit durchseucht, ich habe ja gar keinen Grund zu zürnen und brenne vor Begierde, jede Brücke – Pontonbrücke, Bockbrücke, eiserne oder steinerne, selbst goldne Brücke – über den von B[ebel] in der Ferne geahnten möglichen Abgrund oder Kluft zu bauen.

Sonderbar! Jetzt schreibt Sch[ippel] von den vielen alten Lassalleanern, die auf ihre Lassallerei stolz sind – und als sie hier waren⁴⁸, hieß es einstimmig: es gibt keine Lassalleaner mehr in Deutschland! Das war eben ein Hauptgrund, der bei mir manche Bedenken schwinden ließ. Und da kommt auch B[ebel] und findet, daß eine große Anzahl der besten Genossen schwer verletzt werden. Ja, da[nn] mußte man mir auch die Dinge so [darstellen], wie sie waren.

Übrigens, wenn man jetzt, nach 15 Jahren, nicht gradaus über den theoretischen Blödsinn Lassalles und sein Prophetentum sprechen darf, wann denn?

Die Partei selbst, der Vorstand, die Fraktion und tutti quanti* sind aber vor allem Tadel, außer dem, so ein Programm angenommen zu haben (und der ist nicht zu umgehn), gedeckt durch das Sozialistengesetz⁴¹. Solange dies herrschte, war jede Revision ausgeschlossen. Sobald es auf-

* all die andern

hört, setzen sie sie auf die Tagesordnung. Also was will man mehr?

Und daß die Leute endlich einmal aufhören, die Parteibeamten — ihre eignen Diener — mit den ewigen Glacéhandschuhen anzufassen und vor ihnen wie vor unfehlbaren Bürokraten gehorsamst, statt kritisch, dazustehn, ist auch nötig.

Dein

F. E.

ENGELS AN FRIEDRICH ADOLPH SORGE
IN HOBOKEN

London, 11. Februar 1891

Lieber Sorge,

Brief 16. Jan. erhalten . . .

Den Marxschen Artikel in der „N[eu]en Z[eit]“³⁷ hast Du gelesen. Er hat bei den sozialistischen Machthabern in Deutschland anfangs großen Zorn verursacht, der sich aber schon etwas zu legen scheint. Dagegen in der Partei selbst — mit Ausnahme der alten Lassalleaner — sehr viel Freude. Der Berliner Korrespondent der Wiener „Arb[eiter]-Ztg.“⁴⁰, die Du mit *nächster* Post erhältst, dankt mir förmlich für den Dienst, den ich der Partei erwiesen⁴⁴ (ich denke, es ist Adolf Braun, Victor Adlers Schwager und Liebknechts Unterredakteur beim „Vorwärts“). Liebk[necht] natürlich ist wütend, da die ganze Kritik speziell auf ihn gemünzt war und er der Vater, der mit dem Arschficker Hasselmann zusammen das faule Programm gezeugt hat. Ich begreife das anfängliche Entsetzen der Leute, die bisher darauf bestan-

den, von den „Genossen“ nur äußerst zart angefaßt zu werden, als sie jetzt so sans façon* behandelt und ihr Programm als reiner Blödsinn enthüllt wurde. Wie K. K[autsky], der sich in der ganzen Sache sehr couragiert benommen, mir schreibt, besteht die Absicht, einen Fraktionserlaß loszulassen⁴⁷, besagend, daß die Veröffentlichung ohne ihr Wissen erfolgt sei und von ihnen gemäßbilligt werde. Das Vergnügen können sie sich gern machen. Indes kommt vielleicht auch das nicht zustande, wenn die Zustimmungen aus der Partei sich mehren und sie finden, daß das Geschrei von der „den Feinden damit in die Hand gegebenen Waffe gegen uns selbst“ nicht weit her ist.

Inzwischen werde ich von den Herren geboykottet, was mir ganz recht ist, da es mir manche Zeitverschwendung erspart. Gar zu lange wird's ohnehin nicht dauern . . .

Dein

F. E.

* ohne Rücksicht

ENGELS AN KARL KAUTSKY
IN STUTTGART

London, 23. Februar 1891

Lieber Kautsky,

Meine eilige Gratulation von vorgestern wirst Du erhalten haben. Also jetzt wieder zum besagten Hammel, dem Marx-brief.

Die Furcht, er werde den Gegnern eine Waffe in die Hand geben, war unbegründet. Boshafte Insinuationen werden ja an alles und jedes gehängt, aber im ganzen und großen war der Eindruck bei den Gegnern doch die vollständige Verduzttheit über diese rücksichtslose Selbstkritik und das Gefühl: *welch innere Kraft muß eine Partei besitzen, die sich selbst so etwas bieten kann!* Das geht aus den von Dir gesandten (besten Dank!) und mir sonst zugänglich gewordenen Gegnerblättern hervor. Und, offen gesagt, das war auch der Sinn, worin ich das Aktenstück veröffentlichte. Daß es hie und da im ersten Moment sehr unangenehm berühren mußte, das wußte ich, das war aber nicht zu vermeiden, und

der sachliche Inhalt wog das in meinen Augen reichlich auf. Und ich wußte, daß die Partei reichlich stark genug war, das zu ertragen, und ich rechnete darauf, daß sie heute diese, vor 15 Jahren gebrauchte, unverhohlene Sprache auch *vertragen* würde; daß man mit gerechtem Stolz auf diese Kraftprobe hinweisen und sagen würde: wo ist die andre Partei, die Gleiches wagen darf? Das hat man indes der sächsischen und Wiener „Arb[eiter]-Ztg.“ und der „Züricher Post“⁵⁰ überlassen.

Wenn Du in Nr. 21 der „N[eu]en Z[eit]“³⁷ die Verantwortlichkeit der Veröffentlichung übernimmst⁵¹, so ist das sehr brav von Dir, aber vergiß nicht, daß ich doch den ersten Anstoß gab und obendrein Dich gewissermaßen in eine Zwangslage versetzte. Ich beanspruche deshalb die Hauptverantwortlichkeit für mich. Was Einzelheiten angeht, so kann man ja über solche immer verschiedner Ansicht sein. Ich habe alles gestrichen und geändert, was Du und Dietz beanstandet, und hätte D[ietz] noch mehr angestrichen, so wäre ich auch da nach Möglichkeit coulant gewesen, das habe ich Euch stets bewiesen. Aber was die Hauptsache angeht, so war es *meine Pflicht*, das Ding zu veröffentlichen, sobald einmal das Programm zur Debatte stand. Und nun gar nach Liebknechts Haller Referat³⁹, worin er seine Auszüge daraus teils ungeniert als sein Eigentum verwertet, teils dagegen ankämpft, ohne es zu nennen, hätte Marx dieser Verarbeitung unbedingt das Original entgegengestellt, und ich war an seiner Stelle verpflichtet, dasselbe zu tun. Leider hatte ich damals das Aktenstück noch nicht, ich habe es erst viel später nach langem Suchen gefunden.

Du sagst, Bebel schreibe Dir, die Behandlung Lassalles durch Marx habe bei den alten Lassalleanern böses Blut ge-

setzt. Das mag sein. Die Leute kennen ja die wirkliche Geschichte nicht, und es scheint auch nichts geschehn zu sein, sie darüber aufzuklären. Wenn jene Leute nicht wissen, daß die ganze Größe Lassalles darauf beruhte, daß Marx ihm erlaubte, jahrelang sich mit M[arx]'s Forschungsergebnissen als mit seinen eignen zu schmücken und sie obendrein aus mangelhafter ökonomischer Vorbildung zu verdrehn, so ist das nicht meine Schuld. Aber ich bin literarischer Testamentsvollstrecker von Marx und habe als solcher auch meine Pflichten.

Lassalle gehört seit 26 Jahren der Geschichte an. Wenn man unter dem Ausnahmegesetz⁴¹ die historische Kritik über ihn hat ruhen lassen, so wird es endlich Zeit, daß sie zu ihrem Rechte kommt und über die Stellung Lassalles zu Marx Klarheit geschaffen wird. Die Legende, die die wahre Gestalt Lassalles verhüllt und verhimmelt, kann doch kein Glaubensartikel der Partei werden. Mag man die Verdienste L[assalle]'s um die Bewegung noch so hoch anschlagen, seine historische Rolle darin bleibt eine zwieschlächtige. Den Sozialisten Lassalle begleitet der Demagog Lassalle auf Schritt und Tritt. Durch den Agitator und Organisator Lassalle scheint der Leiter des Hatzfeldtschen Prozesses⁵² überall durch: derselbe Zynismus in der Wahl der Mittel, dieselbe Vorliebe, sich mit anrühigen und korrumpierten Leuten zu umgeben, die man als bloße Werkzeuge gebrauchen resp. wegwerfen kann. Bis 1862 in der Praxis spezifisch preußischer Vulgärdemokrat mit stark bonapartistischen Neigungen (ich habe eben seine Briefe an Marx durchgesehn), schlug er plötzlich um aus rein persönlichen Ursachen und begann seine Agitation; und ehe 2 Jahre vorbei, verlangte er, die Arbeiter sollten die Partei des Königtums

gegen die Bourgeoisie ergreifen, und mogelte mit seinem Charakterverwandten Bismarck in einer Weise, die zum tatsächlichen Verrat an der Bewegung führen mußte, wäre er nicht zu seinem eigenen Glück rechtzeitig erschossen worden. In seinen Agitationsschriften ist das Richtige, das er von M[arx] entlehnt, so sehr mit Lassalleschen eignen und regelmäßig falschen Ausführungen verwebt, daß beides fast nicht zu trennen ist. Der Teil der Arbeiter, der sich durch M[arx]'s Urteil verletzt fühlt, kennt von L[assalle] eben nur die 2 Jahre Agitation und auch diese nur durch eine gefärbte Brille. Aber vor solchen Vorurteilen kann die historische Kritik nicht ewig stehnbleiben, den Hut in der Hand. Mir war es Pflicht, endlich einmal reinen Tisch zu schaffen zwischen Marx und Lassalle. Das ist geschehn. Damit kann ich mich vorderhand begnügen. Ich selbst habe zudem jetzt andres zu tun. Und das veröffentlichte rücksichtslose Urteil Marx' über L[assalle] wird schon allein seine Wirkung tun und andren Mut machen. Aber würde ich dazu gezwungen, so bliebe mir keine Wahl: ich müßte mit der Lassalle-Legende ein für allemal aufräumen.

Daß in der Fraktion Stimmen laut geworden, man solle die „N[eu]e Z[eit]“ unter Zensur stellen, ist ja sehr schön. Spukt die sozialistengesetzliche Fraktionsdiktatur (die ja notwendig war und vortrefflich geführt wurde) noch nach, oder sind es Erinnerungen an die weiland stramme Organisation v. Schweitzers? Es ist in der Tat ein brillanter Gedanke, die deutsche sozialistische Wissenschaft nach ihrer Befreiung vom Bismarckschen Sozialistengesetz unter ein neues, von den sozialdemokratischen Parteibehörden selbst zu fabrizierendes und auszuführendes Sozialistengesetz zu

stellen. Im übrigen ist dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Der „Vorwärts“-Artikel⁴⁷ rührt mich wenig. Ich werde Liebknechts Geschichtserzählung abwarten und dann wohl in möglichst freundschaftlichem Ton auf beide antworten. Im „Vorwärts“-Artikel sind nur einige Unrichtigkeiten zu korrigieren (z. B. wir hätten die Einigung nicht gewollt, die Ereignisse hätten Marx unrecht gegeben usw.) und Selbstverständliches zu bestätigen. Mit dieser Antwort denke ich dann die Debatte meinerseits zu schließen, falls ich nicht durch neue Angriffe oder unrichtige Behauptungen zu Weiterem genötigt werde.

Sage Dietz, ich sei an der Bearbeitung des „Ursprung“.⁵³ Aber nun schreibt heute Fischer und will auch 3 neue Vorreden haben!⁵⁴

Dein

F. E.

ENGELS AN FRIEDRICH ADOLPH SORGE
IN HOBOKEN

London, 4. März 1891

Lieber Sorge,

Deinen Brief vom 19. Febr. erhalten. Du wirst inzwischen wohl ein Mehreres über die große Entrüstung der sozialdemokratischen Fraktion über die Veröffentlichung von Marx' Programmbrief in der „N[eu]en Zeit“³⁷ gehört haben. Die Sache spielt noch. Ich lasse die Leute einstweilen sich blamieren, und darin hat Liebk[necht] im „Vorwärts“⁴⁰ Bedenkliches geleistet. Seinerzeit werde ich natürlich antworten, doch ohne unnötige Zänkerei, ohne eine leise Ironie wird's wohl kaum abgehn. Natürlich stehn alle theoretisch mitzählenden Leute auf meiner Seite — ich muß nur Bebel ausnehmen, der in der Tat nicht ganz unrecht hat, sich durch mich verletzt zu fühlen — aber das war unvermeidlich. Ich habe die „Volksztg.“⁵⁵ seit 4 Wochen nicht ansehen können, wegen Überarbeit, weiß also nicht, ob's in Amerika Reflexblitze gegeben hat — in Europa schäumen die Lassallianischen Reste, und deren habt Ihr ja genug . . .

Dein

F. E.

ENGELS AN AUGUST BEBEL
IN BERLIN

London, 1./2. Mai 1891

Lieber Bebel,

Ich antworte heute auf Deine beiden Briefe vom 30./3. und 25./4.⁵⁶ Mit Freuden habe ich gelesen, daß Eure silberne Hochzeit so schön verlaufen ist und Euch Lust auf die künftige goldne gemacht hat. Daß Ihr beide sie erlebt, wünsche ich von Herzen. Wir brauchen Dich noch lange, nachdem mich — um mit dem alten Dessauer zu reden — der Teufel geholt hat.

Ich muß, hoffentlich zum letzten Mal, auf die Marxsche Programmkritik zurückkommen. Daß „gegen die Veröffentlichung an sich *niemand* Einspruch erhoben hätte“, muß ich bestreiten. L[ie]bk[necht] hätte sie *nie* gutwillig zugegeben und alles aufgeboten, sie zu hindern. Diese Kritik liegt ihm seit 1875 so im Magen, daß er an sie denkt, sobald von „Programm“ die Rede ist. Seine ganze Hallenser Rede³⁹ dreht sich um sie. Sein pausbackiger „Vorwärts“-Artikel⁴⁷

ist nur Ausdruck seines bösen Gewissens wegen ebenderselben Kritik. Und in der Tat ist sie in erster Instanz gegen ihn gerichtet. Wir sahen und ich sehe ihn noch als den Vater des Einigungsprogramms — nach seiner *faulen* Seite hin — an. Und das war der Punkt, der mein einseitiges Vorgehen entschied. Hätte ich mit Dir allein die Sache durchberaten und dann sofort an K. K[autsky] zum Abdruck schicken können, wir wären in zwei Stunden einig geworden. Aber so hielt ich Dich für — persönlich und parteilich — verpflichtet, auch L[ie]bk[necht] zu Rate zu ziehn. Und dann wußte ich, was kam. Entweder Unterdrückung oder offener Krakeel, wenigstens für eine Zeitlang, auch mit Dir, wenn ich doch vorging. Daß ich nicht unrecht hatte, beweist mir folgendes: Da Du am 1. April [1875] aus dem Loch kamst und das Aktenstück erst 5. Mai datiert, ist es klar — bis auf anderweitige Aufklärung —, daß Dir das Ding *absichtlich unterschlagen* wurde, und zwar kann das *nur von L[ie]bk[necht]* geschehn sein. Du gibst aber um des lieben Friedens willen zu, daß er die Lüge in die Welt schickt, Du habest Brummens halber das Ding nicht zu sehn bekommen. Und so hättest Du wohl auch vor dem Druck Rücksicht auf ihn genommen, um Skandal in dem Vorstand zu vermeiden. Ich finde das auch erklärlich, aber hoffentlich Du dann auch dies, daß ich darauf Rücksicht nahm, daß aller Wahrscheinlichkeit nach so gehandelt worden wäre.

Ich habe soeben das Ding nochmals durchgesehn. Möglich, daß noch einiges hätte weggelassen werden können, ohne dem Ganzen zu schaden. Aber *viel* sicher nicht. Was war die Lage? Wir wußten ebenso gut wie Ihr und wie z. B. die „F[rank]furter Zeitung“²⁴ vom 9. März 75, die ich gefunden, daß mit der Annahme des Entwurfs durch Eure Bevoll-

mächtigten die *Sache entschieden* war. Daher schrieb M[arx] das Ding nur, um sein Gewissen zu salvieren, dixi et salvavi animam meam* steht zum Zeugnis darunter und ohne irgendwelche Hoffnung auf Erfolg. Und Liebk[necht]'s Dicktun mit dem „kategorischen Nein“ ist daher nichts als blasse Renommage, und er weiß das auch. Wenn Ihr nun in der Wahl Eurer Vertreter einen Bock gemacht und nun, um nicht die ganze Einigung zuschanden werden zu lassen, das Programm hinunterschlucken mußtet, so könnt Ihr doch wahrhaftig nichts dagegen haben, daß man jetzt, *nach 15 Jahren*, die Euch vor der letzten Entscheidung zugegangene Warnung veröffentlicht. Das stempelt Euch weder als Dummköpfe noch als Betrüger, es sei denn, Ihr nehmt für Eure amtlichen Handlungen Unfehlbarkeit in Anspruch.

Allerdings hast Du die Warnung nicht gelesen. Das ist ja aber auch veröffentlicht, und so stehst Du ausnahmsweise günstig da gegenüber den andern, die sie gelesen und sich doch in den Entwurf gefügt.

Den Begleitbrief halte ich für sehr wichtig. Denn darin wird die einzig richtige Politik dargelegt. Parallele Aktion für eine Probezeit, das war das einzige, was Euch vor dem Prinzipienschacher retten konnte. Aber L[ie]b[necht] wollte sich den Ruhm, die Einigung gemacht zu haben, um keinen Preis entgehn lassen, und da ist es noch ein Wunder, daß er in seinen Konzessionen nicht noch weiter ging. Er hat eine wahre Einigungswut von jeher aus der bürgerlichen Demokratie mit herübergenommen und behalten.

Daß die Lass[alleaner] kamen, weil sie *mußten*, weil ihre ganze Partei in Stücke ging, weil ihre Führer Lumpen oder

* Ich habe gesprochen und meine Seele gerettet.

Esel waren, denen die Massen nicht mehr folgen wollten, das kann in der gewählten milden Form heute gesagt werden. Ihre „stramme Organisation“ endigte naturgemäß in vollständiger Auflösung. Also lächerlich, wenn L[ie]bk[necht] die En-bloc-Annahme der Lass[alleschen] Glaubensartikel damit entschuldigt, daß die Lassalleaner ihre stramme Organisation geopfert – da war nichts mehr zu opfern!

Du wunderst Dich, woher die unklaren und verworrenen Phrasen im Programm stammen? Aber die sind ja alle grade der leibhaftige L[ie]bk[necht], wegen deren wir uns mit ihm jahrelang herumgestritten und für die er schwärmt. Er ist theoretisch stets unklar gewesen, und unsre scharfe Formulierung ist ihm noch heute ein Greuel. Dagegen tönende Phrasen, wobei man sich alles mögliche oder auch nichts denken kann, liebt er als alter Volksparteiler noch heute. Wenn damals unklare Franzosen, Engländer, Amerikaner von „Befreiung der Arbeit“ statt der Arbeiter*klasse* sprachen, weil sie's nicht besser wußten, und wenn selbst in den Aktenstücken der Internationale stellenweise die Sprache der Leute geredet werden mußte, zu denen man sprach, so war dies Grund genug für L[ie]bk[necht], die Ausdrucksweise der deutschen Partei gewaltsam auf denselben überwundenen Standpunkt zurückzuschrauben. Und man kann keineswegs sagen, „wider besseres Wissen“, denn er wußte es wirklich nicht besser, und ich bin nicht sicher, ob das nicht auch heute noch gilt. Jedenfalls fällt er noch heute alle fingerlang in die alte verschwommene Ausdrucksweise zurück – sie ist allerdings rhetorisch leichter zu verwenden. Und da ihm an den demokratischen Grundforderungen, die er zu verstehn glaubte, sicher mindestens ebensoviel lag als an den ökonomischen Sätzen, die er nicht klar verstand, so

war er sicher ehrlich, wenn er bei Einhandlung der demokratischen Stapelartikel gegen die Lassallischen Dogmen ein brillantes Geschäft gemacht zu haben glaubte.

Was die Angriffe auf Lassalle angeht, so waren mir diese mit das wichtigste, wie ich auch gesagt. Durch Annahme **aller** wesentlichen Lass[alleschen] ökonomischen Phrasen und Forderungen waren die Eisenacher *tatsächlich Lassalleaner geworden*, wenigstens dem Programm nach. Die Lassalleaner hatten nichts, aber auch gar nichts geopfert, was sie hätten halten können. Um den Sieg der letzteren zu vervollständigen, habt Ihr die gereimte moralisierende Prosa, worin Herr Audorf den Lassalle feiert⁵⁷, zu Eurem Parteilied übernommen. Und während der 13 Jahre Sozialistengesetz war selbstredend keine Möglichkeit, innerhalb der Partei gegen den Lassallekultus aufzutreten. Dem mußte ein Ende gemacht werden und das hab' ich angestiftet. Ich werde nicht mehr erlauben, daß der falsche Ruhm Lassalles *auf Kosten von Marx* aufrechterhalten und neu gepredigt wird. Die Leute, die noch Lass[alle] persönlich gekannt und angebetet, sind dünn gesäet, bei all den andern ist der Lass[alle]kultus *rein gemacht*, gemacht durch unsre stillschweigende Duldung wider besseres Wissen, hat also nicht einmal die Berechtigung persönlicher Anhänglichkeit. Auf die Unerfahrenen und Neuzugekommenen war hinreichend Rücksicht genommen dadurch, daß das Ding in der „N[eu]en Z[eit]“³⁷ veröffentlicht war. Aber ich kann überhaupt nicht zugeben, daß in solchen Dingen die historische Wahrheit zurücktreten muß — nach 15 Jahren lammfrommer Geduld — vor der Konvenienz und der Möglichkeit des Anstoßes innerhalb der Partei. Daß dabei jedesmal brave Leute verletzt werden, ist nicht zu vermeiden. Und daß sie dann

knurren, auch nicht. Und wenn sie dann sagen, M[arx] sei neidisch auf L[assalle] gewesen, und deutsche Blätter und sogar(!) der Chicagoer „Vorbote“⁵⁸ (der für mehr spezifische Lassalleaner – in Chicago – schreibt, als in ganz Deutschland existieren) dann mit einstimmen, so rührt mich das weniger als ein Flohstich. Wir haben ganz andre Dinge an den Kopf geworfen bekommen und sind doch zur Tagesordnung übergegangen. Das Beispiel ist gegeben, daß Marx den heiligen Ferdinand Lassalle rauh angefaßt hat, und das ist vorderhand genug.

Und nun noch eins: Seit Ihr versucht, die Veröffentlichung des Artikels mit Gewalt zu verhindern, und der „N[eu]en Z[eit]“ habt Warnungen zukommen lassen, sie würde im Wiederholungsfall vielleicht auch parteilich verstaatlicht und unter Zensur gestellt, muß mir die Besitzergreifung Eurer ganzen Presse durch die Partei doch unter einem eigentümlichen Licht erscheinen. Wodurch unterscheidet Ihr Euch von Puttkamer, wenn Ihr in Euren eignen Reihen ein Sozialistengesetz einführt? Mir persönlich kann das ja ziemlich einerlei sein, keine Partei in irgendeinem Land kann mich zum Schweigen verurteilen, wenn ich zu reden entschlossen bin. Aber ich möchte doch zu bedenken geben, ob Ihr nicht besser tätet, etwas weniger empfindlich und im Handeln etwas weniger – preußisch zu sein. Ihr – die Partei – *braucht* die sozialistische Wissenschaft, und diese kann nicht leben ohne Freiheit der Bewegung. Da muß man die Unannehmlichkeiten in den Kauf nehmen, und man tut's am besten mit Anstand, ohne zu zucken. Eine, auch nur lockere, Spannung, geschweige ein Riß zwischen der deutschen Partei und der deutschen sozialistischen Wissenschaft wäre doch ein Pech und eine Blamage sondergleichen. Daß der Vor-

stand resp. Du persönlich einen bedeutenden *moralischen* Einfluß auf die „N[eu]e Z[ei]t“ und auf alles auch sonst Erscheinende behält und behalten muß, ist selbstredend. Aber das muß Euch auch genügen und kann es. Im „Vorwärts“ wird immer geprahlt mit der unantastbaren Freiheit der Diskussion, aber zu merken ist davon nicht viel. Ihr wißt gar nicht, wie eigentümlich solche Neigung zu Gewaltmaßregeln hier im Ausland einen anmutet, wo man gewohnt ist, die ältesten Parteichefs innerhalb der eignen Partei gehörig zur Rechenschaft gezogen zu sehn (z. B. die Tory-Regierung durch den Lord Randolph Churchill). Und dann dürft Ihr doch nicht vergessen, daß die Disziplin in einer großen Partei keineswegs so straff sein kann als in einer kleinen Sekte und daß das Sozialistengesetz, das Lassalleaner und Eisenacher in eins geschmiedet (nach L[ie]bk[necht] hat das allerdings sein Prachtprogramm getan!) und solchen engen Zusammenhalt nötig machte, nicht mehr existiert . . .

F. E.

ANHANG
DAS PROGRAMM
DER
SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI

(beschlossen in Eisenach 1869)

I. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt die Errichtung des freien Volksstaates.

II. Jedes Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei verpflichtet sich, mit ganzer Kraft einzutreten für folgende Grundsätze:

1. Die heutigen politischen und sozialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit der größten Energie zu bekämpfen.

2. Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.

3. Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder

Form, und es erstrebt deshalb die Sozialdemokratische Arbeiterpartei unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch genossenschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter.

4. Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.

5. In Erwägung, daß die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn diese gemeinsam und einheitlich den Kampf führt, gibt sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei eine einheitliche Organisation, welche es aber auch jedem einzelnen ermöglicht, seinen Einfluß für das Wohl der Gesamtheit geltend zu machen.

6. In Erwägung, daß die Befreiung der Arbeiter weder eine lokale noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder, in denen es moderne Gesellschaft gibt, umfaßt, betrachtet sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, soweit es die Vereinsgesetze gestatten, als Zweig der Internationalen Arbeiterassoziation, sich deren Bestrebungen anschließend.

III. Als die nächsten Forderungen in der Agitation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei sind geltend zu machen:

1. Erteilung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts an alle Männer vom 20. Lebensjahr an zur Wahl für das Parlament, die Landtage der Einzelstaaten, die Provinzial- und Gemeindevertretungen wie alle übrigen Vertretungskörper. Den gewählten Vertretern sind genügend Diäten zu gewähren.

2. Einführung der direkten Gesetzgebung (das heißt Vorschlags- und Verwerfungsrecht) durch das Volk.
3. Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und Konfession.
4. Errichtung der Volkswehr an Stelle des stehenden Heeres.
5. Trennung der Kirche vom Staat und Trennung der Schule von der Kirche.
6. Obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten.
7. Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung der Geschworenen- und Fachgewerbegerichte, Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und unentgeltliche Rechtspflege.
8. Abschaffung aller Preß-, Vereins- und Koalitions-gesetze; Einführung des Normalarbeitstages; Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit.
9. Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer und Erbschaftsteuer.
10. Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften unter demokratischen Garantien.

DAS PROGRAMM
DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI
DEUTSCHLANDS

(beschlossen in Gotha 1875)

I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesamte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerschlagung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert als Grundlagen des Staates:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Sonntag oder Feiertag sein.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.

3. Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.

4. Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze; überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Forschen und Denken beschränken.

5. Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.

6. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlichen Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatsache.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1. Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.

2. Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern.

3. Unbeschränktes Koalitionsrecht.

4. Einen den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden Normalarbeitstag. Verbot der Sonntagsarbeit.

5. Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.

6. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Kontrolle der Arbeiterwohnungen. Überwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Hausin-

dustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.

7. Regelung der Gefängnisarbeit.

8. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhilfs- und -unterstützungskassen.

ANMERKUNGEN

¹ Die „Kritik des Gothaer Programms“ von Karl Marx ist einer der wichtigsten Beiträge zur Entwicklung der grundlegenden Fragen der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus. Die Schrift ist ein Musterbeispiel für den unversöhnlichen Kampf gegen den Opportunismus. Sie wurde von Marx von April bis Anfang Mai 1875 geschrieben und am 5. Mai desselben Jahres an Wilhelm Bracke, einen Führer der Eisenacher, geschickt. Diese Schrift gibt eine kritische Einschätzung des Programmentwurfs für die künftige vereinigte Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands anlässlich des in Gotha stattfindenden Einigungskongresses.

Die „Kritik des Gothaer Programms“ wurde 1891 zum erstenmal von Engels veröffentlicht, und zwar trotz des Widerstands opportunistischer Führer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands. Die Schrift erschien in der Wochenschrift „Die Neue Zeit“, Organ der Theorie der deutschen Sozialdemokratie, 1891, Bd. I, Nr. 18, mit einem Vorwort von Engels.

Mit der Veröffentlichung der „Kritik des Gothaer Programms“ veröffentlichte Engels auch den dazugehörigen Brief von Marx an Wilhelm Bracke vom 5. Mai 1875.

Wie aus dem Brief von Engels an Kautsky vom 23. Februar 1891 hervorgeht, mußte sich Engels jedoch damit einverstanden erklären, während der Veröffentlichung der „Kritik des Gothaer Programms“ einige besonders scharfe Formulierungen abzuschwächen. Der vorliegende Abdruck erfolgt nach dem Manuskript von Marx. *Schutztitelseite*

² Auf dem Gothaer Parteitag vom 22. bis 27. Mai 1875 vereinigten sich zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands die beiden damaligen deutschen Arbeiterorganisationen: die von Liebknecht und Bebel 1869

in Eisenach gegründete und seitdem von ihnen geleitete Sozialdemokratische Arbeiterpartei (die sogenannte Eisenacher) und der von Hasenclever, Hasselmann und Tölcke geleitete lassallecanische Allgemeine Deutsche Arbeiterverein. 1

³ Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Halle, der erste nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes, faßte am 16. Oktober 1890 auf Antrag von Wilhelm Liebknecht, dem Hauptverfasser des Gothaer Programms, den Beschluß, bis zum nächsten Parteitag den Entwurf eines neuen Programms auszuarbeiten. Das neue Programm wurde im Oktober 1891 angenommen („Erfurter Programm“). 1

⁴ Der Haager Kongreß der I. Internationale im September 1872 stand im Zeichen des Kampfes gegen die Bakunisten. Die Mehrheit des Kongresses stellte sich auf die Seite des von Marx geführten Generalrats. Bakunin wurde aus der Internationale ausgeschlossen. 2

⁵ Gemeint ist Bakunins Buch „Staatlichkeit und Anarchie“, Zürich 1873.

4

⁶ Die Deutsche Volkspartei entstand 1865; sie setzte sich aus den demokratischen Elementen der Kleinbourgeoisie, teilweise aus Vertretern der Bourgeoisie — besonders der süddeutschen Staaten — zusammen. Die Deutsche Volkspartei trat gegen die Hegemonie Preußens in Deutschland auf. Sie betrieb eine antipreußische Politik, gab allgemeindemokratische Losungen heraus, vertrat jedoch die partikularistischen Bestrebungen einiger deutschen Staaten. Sie propagierte die Idee eines deutschen Bundesstaates und trat gleichzeitig gegen die Vereinigung Deutschlands in Form einer einheitlichen, zentralisierten, demokratischen Republik auf.

1866 schloß sich der Deutschen Volkspartei die Sächsische Volkspartei an, deren Kern aus Arbeitern bestand. Dieser linke Flügel der Volkspartei strebte danach, mit der Volkspartei die nationale Einigung des Landes auf demokratischem Weg zu erreichen. In der Folgezeit entwickelte sich dieser Flügel in sozialistischer Richtung. Nachdem er sich von den kleinbürgerlichen Demokraten getrennt hatte, nahm er im August 1869 an der Gründungsarbeit für die Sozialdemokratische Arbeiterpartei teil. 4 27 37 59

⁷ Gemeint ist die von Marx selbst redigierte französische Übersetzung des ersten Bandes des „Kapitals“, die in Lieferungen in den Jahren 1872 bis 1875 in Paris erschien. 5

⁸ „Volksstaat“-Buchhandlung — gemeint ist der Verlag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der der Redaktion des Zentralorgans „Der Volksstaat“ angegliedert war. 5

⁹ Gemeint ist die zweite Auflage der Marxschen Schrift „Enthüllungen über den Kommunisten-Prozeß zu Köln“, die 1875 vom Verlag „Der

Volksstaat“ in Leipzig herausgegeben wurde. (Siehe Marx/Engels, *Werke*, deutsche Ausgabe, Bd. 8, S. 405—470.) 5

¹⁰ Siehe Marx/Engels, *Werke*, deutsche Ausgabe, Bd. 4, S. 472. 18

¹¹ Gemeint sind die Reichstagswahlen vom 10. Januar 1874. 18

¹² Als Berliner Marat bezeichnet Marx hier offenbar ironisch Hasselmann, den Chefredakteur des Zentralorgans „Neuer Social-Demokrat“.

„*Neuer Social-Demokrat*“ — Organ des lassalleanischen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins; erschien von 1871 bis 1876 dreimal wöchentlich in Berlin. Diese Zeitung spiegelte die Politik der Lassalleaner wider: Anpassung an das Bismarcksche Regime, Liebäugeln mit den herrschenden Klassen Deutschlands sowie dem Opportunismus und Nationalismus der lassalleanischen Führer. Die Zeitung stand auf dem Standpunkt des Sektiererturns, trat stets gegen die marxistische Führung der Internationale, gegen die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands auf und unterstützte die Aktionen, die die Bakunisten und die Leute der antiproletarischen Richtungen im Haß gegen den Generalrat durchführten. 19

¹³ Die bürgerlich-pazifistische Friedens- und Freiheitsliga wurde 1867 in der Schweiz von kleinbürgerlichen Republikanern und Liberalen unter maßgeblicher Beteiligung von Victor Hugo, Guiseppe Garibaldi u. a. gegründet. 1867—1868 nahm Bakunin an der Arbeit der Liga teil. Anfangs versuchte die Liga, die Arbeiterbewegung für ihre Zwecke auszunutzen. Die Erklärungen der Liga, daß es möglich sei, durch die Schaffung von „Vereinigten Staaten von Europa“ mit Kriegen Schluß zu machen, riefen bei den Massen Illusionen hervor und lenkten das Proletariat vom Klassenkampf ab. 20 27

¹⁴ Nach dem Fall der Pariser Kommune, in den Jahren 1871—1872, suchte Bismarck einen formellen Vertrag mit Österreich und Rußland zu schließen, dessen Zweck die gemeinsame Verfolgung der revolutionären Bewegung, besonders der I. Internationale, sein sollte. Im Oktober 1873 wurde auf Bismarcks Initiative der sogenannte Dreikaiserbund geschlossen, ein Abkommen zwischen den Regierungen Deutschlands, Rußlands und Österreich-Ungarns über ein gemeinsames Vorgehen im Falle eintretender „europäischer Erschütterungen“. 20

¹⁵ Marx meint den Leitartikel, den die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 20. März 1873 zum sozialdemokratischen Programmentwurf schrieb und in dem es heißt: „Die sozialdemokratische Agitation ist in mancher Hinsicht behutsamer geworden: sie verleugnet die Internationale...“

„Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ — reaktionäre Tageszeitung, die in den sechziger bis achtziger Jahren offizielles Organ der Regierung Bismarck war und von 1861 bis 1918 in Berlin erschien. 20

¹⁶ Sein „*ehernes Lohngesetz*“ hat Lassalle so formuliert: „Das ehernen ökonomische Gesetz, welches unter den heutigen Verhältnissen *unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit* den Arbeitslohn bestimmt, ist dieses: daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist.

Dies ist der Punkt, um welchen der wirkliche Tagelohn in Pendelschwingungen jederzeit herumgravitiert, ohne sich jemals lange weder über denselben erheben noch unter denselben hinunterfallen zu können. Er kann sich nicht dauernd über diesen Durchschnitt erheben; denn sonst entstünde durch die leichtere, bessere Lage der Arbeiter eine Vermehrung der Arbeiterbevölkerung und somit des Angebotes von Händen, welche den Arbeitslohn wieder auf und unter seinen früheren Stand herabdrücken würden.

Der Arbeitslohn kann auch nicht dauernd tief unter diesen notwendigen Lebensunterhalt fallen. Denn dann entstünden Auswanderung, Ehelosigkeit, Enthaltung von Kindererzeugung und endlich eine durch Elend erzeugte Verminderung der Arbeiterzahl, welche somit das Angebot von Arbeiterhänden verringert und somit den Arbeitslohn wieder zu seinem früheren höheren Stand zurückbringt. Der wirkliche durchschnittliche Arbeitslohn besteht somit in der Bewegung, beständig um jenen seinen Schwerpunkt, in den er fortlaufend zurücksinken muß, herumzukreisen, bald etwas über denselben, bald etwas unter ihm zu stehen.“ (Siehe „Arbeiterlesebuch, Rede Lassalles zu Frankfurt am Main am 17. und 19. Mai 1863“, Hottingen—Zürich 1887.)

Dieses „Gesetz“ entwickelte Lassalle zum erstenmal in seinem „Offenen Antwortschreiben an das Central-Comité zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeitercongresses zu Leipzig“, Zürich 1863, S. 15—16. 21 38 50 54

¹⁷ Gemeint ist die Schrift von Friedrich Albert Lange „Die Arbeiterfrage in ihrer Bedeutung für Gegenwart und Zukunft“, Duisburg 1865. 21

¹⁸ „L'Atelier“ — französische Monatsschrift, Organ von Handwerkern und Arbeitern, die unter dem Einfluß der Ideen des christlichen Sozialismus standen, erschien von 1840 bis 1850 in Paris. Der Redaktionsstab bestand aus Arbeitervertretern und wurde alle drei Monate neu gewählt. 24

¹⁹ ehrlich — Die Eisenacher wurden auch als die „Ehrlichen“ bezeichnet. 28 36

²⁰ „Kulturkampf“ — eine von bürgerlichen Liberalen stammende Bezeichnung für die von der Bismarck-Regierung in den siebziger Jahren

des 19. Jahrhunderts getroffenen gesetzmäßigen Maßnahmen, die unter der Losung des Kampfes für eine weltliche Kultur durchgeführt wurden. Diese Maßnahmen richteten sich gegen die katholische Kirche und die Zentrumsparthei, die die separatistischen und antipreußischen Tendenzen der Beamten, der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie in den südwestdeutschen Staaten unterstützten. In den achtziger Jahren hob Bismarck den überwiegenden Teil dieser Maßnahmen auf, um die reaktionären Kräfte fester zusammenzuschließen. 30

²¹ Engels' Brief an Bebel vom 18.—28. März 1877 lehnt sich seinem Inhalt nach eng an die von Marx geschriebene „Kritik des Gothaer Programms“ an und drückt den Standpunkt von Marx und Engels zu der für Anfang 1877 geplanten Vereinigung der beiden deutschen Arbeiterparteien — der Eisenacher und der Lassalleaner — aus. Unmittelbarer Anlaß für diesen Brief war der am 7. März 1875 in den Zeitungen „Der Volksstaat“ und „Neuer Social-Demokrat“ veröffentlichte Programmentwurf für die künftige vereinigte sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands. Dieser Entwurf, der eine ganze Reihe politisch falscher und unwissenschaftlicher Thesen und Konzessionen an die Lassalleaner enthielt, wurde mit geringen Veränderungen auf dem Vereinigungsparteitag in Gotha Mai 1875 angenommen und später unter der Bezeichnung Gothaer Programm bekannt.

Marx und Engels begrüßten die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien. Sie vertraten jedoch den Standpunkt, daß eine gesunde, dauerhafte Vereinigung nur auf prinzipieller Grundlage, theoretisch und politisch ohne Konzessionen an die Lassalleaner, die unter den Arbeitermassen bereits ihren Einfluß verloren hatten, erreicht werden könne. In dem Brief an Bebel, der für die Führung der Unterstützer des Marxismus, der Eisenacher, war, übte Engels daher auch in diesem Sinne Kritik an dem Entwurf des Gothaer Programms und warnte die Eisenacher, den Lassalleanern nicht nachzugeben. Der Brief wurde erst 36 Jahre später von Bebel in seinem Werk „Aus meinem Leben“, 2. Teil, Stuttgart 1911, zum erstenmal veröffentlicht. 35

²² Eisenacher Programm von 1869 — angenommen auf dem allgemeinen deutschen sozialdemokratischen Arbeiterkongreß, der vom 7. bis 9. August 1869 in Eisenach stattfand. Auf diesem Kongreß, an dem die Sozialdemokraten Deutschlands, Österreichs und der Schweiz teilnahmen, wurde die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands gegründet. Diese Partei wurde später auch die Eisenacher genannt. Im großen und ganzen war das Eisenacher Programm vom Geist verschiedener Forderungen der Internationale erfüllt. 36

²³ „Der Volksstaat“ — Organ der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Eisenacher), erschien vom 2. Oktober 1869 bis zum 29. September 1876

in Leipzig, anfangs zweimal, ab Juli 1873 dreimal wöchentlich. Diese Zeitung widerspiegelte die Ansichten der revolutionären Richtung in der deutschen Arbeiterbewegung, deshalb war sie ständig den Verfolgungen von Polizei und Regierung ausgesetzt. Die Zusammensetzung des Redaktionsstabes änderte sich durch die Verhaftung der Redakteure häufig; die allgemeine Leitung blieb jedoch in der Hand von Wilhelm Liebknecht. Eine große Rolle für die Zeitung spielte August Bebel, der Leiter des Verlags „Volksstaat“. Marx und Engels schrieben seit ihrer Gründung Artikel für die Zeitung. Sie standen der Redaktion helfend zur Seite und korrigierten ständig die Linie der Zeitung. 37 45

²⁴ „Frankfurter Zeitung und Handelsblatt“ — Tageszeitung kleinbürgerlich-demokratischer Richtung, erschien von 1836 (ab 1866 unter diesem Titel) bis 1943 in Frankfurt am Main. 37 47 51 60 73

²⁵ Diese politischen Forderungen des Gothaer Programmentwurfs lauteten:

„Die deutsche Arbeiterpartei verlangt als freiheitliche Grundlage des Staats:

1. allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht aller Männer vom 21. Lebensjahr an für alle Wahlen in Staat und Gemeinde;
2. direkte Gesetzgebung durch das Volk mit Vorschlags- und Verwerfungsrecht;
3. allgemeine Wehrhaftigkeit, Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung;
4. Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze;
5. Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.

Die deutsche Arbeiterpartei verlangt als geistige und sittliche Grundlage des Staats:

1. allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlichen Unterricht;
2. Freiheit der Wissenschaft. Gewissensfreiheit.“ 37

²⁶ Gemeint ist die Friedens- und Freiheitsliga (siehe Anm. 13). 38

²⁷ Siehe Anm. 16. 39

²⁸ Siehe Marx, „Das Kapital“, 1. Band, 7. Abschnitt. 39

²⁹ Engels meint die 1873 von Wilhelm Bracke herausgegebene Broschüre „Der Lassallesche Vorschlag“. Braunschweig, 1873. 39

³⁰ Gemeint ist die Schrift „Das Elend der Philosophie“. (Siehe Marx/Engels, *Werke*, deutsche Ausgabe, Bd. 4, S. 63–124.) 41

³¹ Engels meint die Worte, die Bakunin in der Einführung seiner Schrift „Staatlichkeit und Anarchie“ äußerte. Der erste Band dieser Schrift erschien 1873 in der Schweiz. Die von Bakunin gemachten Vorwürfe, die Marx in seinem selbstgeschriebenen Konspekt von Bakunins „Staatlichkeit und Anarchie“ enthüllte, sind vollständig grundlos. (Siehe Marx/Engels, *Werke*, deutsche Ausgabe, Bd. 18, S. 597–642.)

„Demokratisches Wochenblatt“ — eine deutsche Arbeiterzeitung, die von Januar 1868 bis September 1869 in Leipzig unter der Redaktion Wilhelm Liebknechts erschien. Ab Dezember 1868 wurde sie das Organ des Verbandes der deutschen Arbeitervereine, an dessen Spitze August Bebel stand. Anfangs befand sich die Zeitung in einem gewissen Maße unter dem kleinbürgerlichen Einfluß der Volkspartei. Aber dank den Bemühungen von Marx und Engels begann sie bald den Kampf gegen den Lassalleanismus zu führen, die Ideen der Internationale zu propagieren und deren wichtigste Dokumente zu veröffentlichen. Bei der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei spielte sie eine bedeutende Rolle. Auf dem Eisenacher Kongreß 1869 wurde sie zum Zentralorgan der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei erklärt und in „Der Volksstaat“ umbenannt (siehe Anm. 25). 42

³² Auf dem Gothaer Parteitag wurden die führenden Parteiorgane aus Vertretern der beiden vereinigten Organisationen gebildet. Der Ausschuß setzte sich aus den Lassalleanern Hasenclever, Hartmann, de Rossi und den Eisenachern Geib und Auer zusammen. 45

³³ Kaudinisches Joch — Bei den Kaudinischen Pässen, in der Nähe der Stadt Caudium im alten Rom, brachten die Samniter im Jahre 321 v. u. Z. während des zweiten Samniterkrieges den römischen Legionen eine Niederlage bei und zwangen sie, durch das „Joch“ zu gehen, was für ein besiegttes Heer als höchster Schimpf galt. Daher der Ausdruck „durch das Kaudinische Joch gehen“, d. h. die schlimmste Erniedrigung erleiden. 46 50

³⁴ Gemeint ist der Vorschlag des Ausschusses, aus der Liste der Parteiliteratur die folgenden gegen Lassalle gerichteten Schriften zu streichen: Bernhard Becker, „Enthüllungen über das tragische Lebensende Ferdinand Lassalles“, Schleiz 1868, „Geschichte der Arbeiteragitation Lassalles“, Braunschweig 1874; Wilhelm Bracke, „Der Lassallesche Vorschlag“, Braunschweig 1873. 47

³⁵ Die nächsten Reichstagswahlen fanden am 10. Januar 1877 statt. 48 49

³⁶ Mit den „Leipzigern“ meint Engels Liebknecht, Bebel und die anderen Mitglieder der Redaktion des „Volksstaats“. 48

³⁷ „Die Neue Zeit“ — theoretische Zeitschrift der deutschen Sozialdemokratie, erschien in Stuttgart von 1883 bis 1923. Vor 1917 war Karl Kautsky Redakteur. Von 1885 bis 1895 erschienen mehrere Artikel von Engels, auch gab er der Redaktion häufig Hinweise und kritisierte sie heftig wegen ihrer Abweichungen vom Marxismus. 54 57 64 67 71 76

³⁸ Engels meint seine kurz darauf erschienene Arbeit „In Sachen Brenzano contra Marx wegen angeblicher Citatsfälschung, Geschichtserzählung und Dokumente“, Hamburg 1891. 54

³⁹ Gemeint ist Wilhelm Liebknechts Referat über das Parteiprogramm am 15. Oktober 1890 auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Halle (siehe Anm. 3). 55 67 72

⁴⁰ Die „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei“ erschienen am 31. Januar 1891 in Nr. 18 der „Neuen Zeit“ und am 1. und 3. Februar 1891 im „Vorwärts“.

„Vorwärts“ — erschien von 1876 bis 1878 in Leipzig und von 1891 bis 1933 in Berlin; Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie; von 1876 bis 1878 von Liebknecht und Hasenclever, von 1891 bis 1900 von Liebknecht allein geleitet. 57 61 71

⁴¹ Gemeint ist der Versuch der Führer der deutschen Sozialdemokratie, die Veröffentlichung von Marx' „Kritik des Gothaer Programms“ in Nr. 18 der „Neuen Zeit“ zu verhindern.

Das *Sozialistengesetz*, das die deutsche Sozialdemokratie in die illegale Arbeit zu gehen zwang, wurde von der Bismarck-Regierung als ein Versuch gegen die sozialistische Bewegung und die Arbeiterbewegung mit Unterstützung der Mehrheit des Reichstags am 21. Oktober 1878 durchgesetzt. Die Gültigkeitsdauer wurde alle 2—3 Jahre verlängert. Unter dem Druck der stark angewachsenen Arbeiterbewegung wurde dieses Ausnahmegesetz schließlich am 1. Oktober 1890 aufgehoben. 57 62 68

⁴² „Hamburger Echo“ — erschien seit 1887 in Hamburg; sozialdemokratische Tageszeitung. 60

⁴³ Das „Hamburger Echo“, Nr. 33, 8. Februar 1891, wies in seinem Leitartikel „Zur Kritik des sozialdemokratischen Programms“ auf die Bedeutung hin, die die Veröffentlichung der Marx'schen „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei“ durch Engels für die Ausarbeitung des neuen Parteiprogramms habe.

Diese Äußerung von Engels bezieht sich auf die Darlegung in dem 1861 in Leipzig erschienenen Buch Lassalles „Das System der erworbenen Rechte“. Nach seinen idealistischen Ansichten erklärte Lassalle, von

Philosophie und Recht ausgehend, die Rechtsverhältnisse zwischen den Menschen. 60

⁴⁴ In einer Berliner Korrespondenz der Wiener „Arbeiter-Zeitung“, Nr. 6, 6. Februar 1891, wurde mitgeteilt, Engels habe in Deutschland ein Dokument von großer theoretischer wie praktischer Tragweite — Marx' „Kritik“ zum 1875 auf dem Gothaer Parteitag angenommenen Programm der deutschen Arbeiterpartei — veröffentlicht. Weiter wies der Autor in der Korrespondenz auf die Verdienste von Engels hin, indem er schrieb: es sei jetzt „der Zeitpunkt gekommen, die theoretischen Grundsätze unserer Partei mit voller Schärfe und ohne jeden Kompromiß im Programm zu formulieren, und im gegenwärtigen Moment ist die Publikation auch eine durchaus zeitgemäße“. 60 64

⁴⁵ Der hier erwähnte Artikel Lafargues für die „Neue Zeit“ wurde nicht in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht. Er erschien unter dem Titel „La théorie de la valeur et de la plus-value de Marx et les économistes bourgeois“ in der „Revue Socialiste“, t. 16, Nr. 93, 1892. 61

⁴⁶ Jules Guesde enthüllte in seinen Korrespondenzen „Briefe aus Frankreich“ im „Vorwärts“, Nr. 23 und 25, vom 28. und 30. Januar 1891, die Politik der gemäßigten bürgerlichen Republikaner — der sogenannten Opportunisten — unter Jean-Antoine-Ernest Constans, Pierre-Maurice Rouvier u. a. Er wies nach, daß ihre Politik die Republik kompromitierte und auf die Unterdrückung der Arbeiterbewegung im Lande gerichtet war. 61

⁴⁷ Der Redaktionsartikel, veröffentlicht im „Vorwärts“ vom 13. Februar 1891, dem Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, gab unter der Überschrift „Der Marx'sche Programm-Brief“ die offizielle Stellungnahme des Parteivorstandes zur „Kritik des Gothaer Programms“ wieder. Dieser Artikel verurteilte aufs heftigste die Marx'sche Einschätzung Lassalles und rechnete es der Partei als Verdienst an, daß sie trotz der Marx'schen Kritik den Programmentwurf angenommen hatte und daß die Führer der Eisenacher den Ratschlägen einer wissenschaftlichen Autorität wie Marx ein „kategorisches Nein“ entgegengesetzt hatten. 61 65 70 72

⁴⁸ Vom 27. November bis Anfang Dezember 1890 hatten August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Paul Singer bei Engels zu Besuch gewillt. Sie waren im Namen der deutschen Sozialdemokratie zum 70. Geburtstag von Friedrich Engels (28. November 1890) nach London gekommen. Auf Vorschlag Engels trafen sie als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie mit den Aktivisten der englischen Arbeiterbewegung Eleanor Marx-Aveling, John Burns, William Thorne und Cunninghame-Graham zusammen. Bei dieser Zusammenkunft tauschten sie Fragen aus über die inter-

nationale Arbeiterbewegung, insbesondere die Verstärkung der internationalen Verbindung zwischen sozialistischen und Arbeiterparteien und -organisationen. 62

⁴⁹ „Arbeiter-Zeitung“ — 1889 von Victor Adler in Wien gegründet; Zentralorgan der österreichischen sozialdemokratischen Partei. 64

⁵⁰ „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ — erschien von 1890 an in Dresden; sozialdemokratische Wochen-, später Tageszeitung.

„Zürcher Post“ — erschien von Dezember 1890 bis April 1891 in Zürich; sozialdemokratische Zeitung. 67

⁵¹ In der „Neuen Zeit“, 1890—1891, Bd. 1, Nr. 21, wurde der Leitartikel des „Vorwärts“ vom 13. Februar 1891, Nr. 37 (siehe Anm. 49) nachgedruckt. Die Redaktion der „Neuen Zeit“ versah den Artikel mit einer kurzen Vorbemerkung. In einer redaktionellen Fußnote zum Artikel hieß es: „Tatsache ist, daß wir uns allerdings nicht verpflichtet gefühlt haben, den Marxschen Brief der Parteileitung oder der Fraktion zur Begutachtung vorzulegen, . . . Die Verantwortung für die Veröffentlichung tragen bloß wir.“ 67

⁵² Ferdinand Lassalle führte von 1845—1854 eine Scheidungs- und Vermögensklage der Gräfin Sophie von Hatzfeldt. 68

⁵³ Es handelt sich um die Vorbereitung der 1891 erschienenen vierten Ausgabe des Engelsschen Buches „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“. 70

⁵⁴ Richard Fischer hatte Engels am 20. Februar 1891 von einem Beschluß des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands informiert, demzufolge Marx' Arbeiten „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ und „Lohnarbeit und Kapital“ sowie Engels' Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ neu aufgelegt werden sollten. Er bat Engels um entsprechende Einleitungen zu den Neuauflagen. 70

⁵⁵ „New-Yorker Volkszeitung“ — erschien von 1878 an in New York; von Sorge gegründet und geleitet. 71

⁵⁶ In seinem Brief vom 30. März 1891 erklärte August Bebel die Ursache seines langen Stillschweigens, indem er schrieb: Nach der Veröffentlichung des Programm-Briefes von Marx wolle er nicht unmittelbar antworten, weil er über die Form, in der die Veröffentlichung erfolgte, sehr ärgerlich sei und er zweitens mit der Parlamentsarbeit wieder sehr beschäftigt gewesen sei. Bebel halte die Veröffentlichung des Marxschen Begleitbriefes an Bracke vom 5. Mai 1875 für unpassend. Seiner Ansicht nach treffe der Begleitbrief nicht das Parteiprogramm, sondern die Parteiführung. Bebel sei mit der Veröffentlichung des Begleitbriefes nicht einverstanden, sein Hauptgrund dafür sei: der Begleitbrief werde den

Gegnern eine Waffe gegen unsere Sozialisten in die Hand geben, und zwar habe die scharfe Kritik an Lassalle die früheren Lassalleaner in der heutigen Partei sehr verletzt.

In seinem Brief vom 25. April 1891 berichtete Bebel Engels über die Lage der deutschen Arbeiterbewegung, insbesondere über die Ausstände im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier. Er war der Meinung, daß diese Ausstände sehr ungelegen kämen, weil sie den Unternehmern, die bereits nach einem Vorwand suchten, die Unzufriedenheit der Arbeiter zu unterdrücken, gerade recht seien. Da angesichts der möglichen Provokationen durch Polizisten, besonders am Vorabend des 1. Mai, sofort ein Zusammenstoß ausbrechen würde, hatte der Parteivorstand die Kohlenarbeiter mit warnender Stimme ermahnt, nicht voreilig in Aktion zu treten. 72

⁵⁷ Gemeint ist der von Audorf verfaßte Prolog zur Totenfeier Ferdinand Lassalles am 4. September 1876. 76

⁵⁸ „Der Vorbote“ — erschien von 1881 an in Chicago; deutschsprachige anarchistische Zeitung. 77

INHALT

VORWORT VON FRIEDRICH ENGELS	I
MARX AN WILHELM BRACKE, 5. MAI 1875	3
RANDGLOSSEN ZUM PROGRAMM DER DEUTSCHEN AR- BEITERPARTEI	6
I.	6
II.	21
III.	23
IV.	25
ENGELS ÜBER DAS GOTHAER PROGRAMM	33
Engels an August Bebel, 18.—28. März 1875	35
Engels an Wilhelm Bracke, 11. Oktober 1875	45
Engels an August Bebel, 12. Oktober 1875	49
Engels an Karl Kautsky, 7. Januar 1891	53
Engels an Karl Kautsky, 15. Januar 1891	55
Engels an Karl Kautsky, 3. Februar 1891	57
Engels an Karl Kautsky, 11. Februar 1891	60
Engels an Friedrich Adolph Sorge, 11. Februar 1891	64
Engels an Karl Kautsky, 23. Februar 1891	66
Engels an Friedrich Adolph Sorge, 4. März 1891	71
Engels an August Bebel, 1.—2. Mai 1891	72
ANHANG	79
Das Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei <i>(beschlossen in Eisenach 1869)</i>	79
Das Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands <i>(beschlossen in Gotha 1875)</i>	82
ANMERKUNGEN	86